

Fence Out Terror!

Gegen die antizionistische Konferenz in Köln · 4. und 5. Juni 2004



Presseschau · Stand: 20. Juni 2004

Aktuelle Version unter
<http://www.infoladen.net/koeln/casablanca/fenceoutterror/presse.pdf>

Inhalt:

BSZ, Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung, 26. Mai 2004	S. 3
Die Jüdische, 27. Mai 2004	S. 4
Graswurzelrevolution 290, Juni 2004 / Hagalil.com, 27. Mai 2004	S. 5
Tribüne, Tribüne-aktuell, 2. Juni 2004	S. 11
Junge Welt, 2. Juni 2004	S. 12
Taz, 3. Juni 2004. Lokalteil NRW/Köln	S. 13
Hedonistische Mitte, 5. Juni 2004	S. 15
Keyboardsamurais.de 5. Juni 2004	S. 16
Taz, 5./6. Juni 2004	S. 17
http://iamadoughnut.blogspot.com , 6. Juni 2004	S. 19
Kölner Stadt-Anzeiger, 7. Juni 2004	S. 21
Taz, 7. Juni 2004	S. 22
Taz, 7. Juni 2004. Lokalteil NRW/Köln	S. 23
Arbeiterfotografie, 7. Juni 2004	S. 25
Philtrat, Presseerklärung, 9. Juni 2004	S. 26
Jüdische Allgemeine, 10. Juni 2004	S. 27
Jüdische Allgemeine, 10. Juni 2004	S. 28
Taz, 10. Juni 2004, LeserInnenbriefe	S. 30
Junge Welt, 10. Juni 2004	S. 32
DennisOtt.de / Indymedia, 10. Juni 2004	S. 33
Lokalberichte Köln, 11. Juni 2004	S. 36
Israel Nachrichten, 18. Juni 2004	S. 38
AK, analyse und kritik, 18. Juni 2004	S. 40
Freitag, 18. Juni 2004	S. 42
Konkret 7/2004	S. 44
Konkret 7/2004, „Gremlizas Express“	S. 50

Veranstaltungen gegen die Konferenz „Stop the Wall“

Am 5. Juni 2004 wird in der Alten Feuerwache in Köln eine „internationale Konferenz“ stattfinden. Der Titel: „Stop the wall! Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel.“ Die eintägige Veranstaltung wird von den VeranstalterInnen auch als „Kampagne gegen die Apartheidsmauer in Palästina“ bezeichnet.

Zahlreiche „ehrbare Antisemiten“ (Jean Amery) werden sich auf der Konferenz einfinden. Angefangen bei Felicia Langer, die es sich als Verdienst anrechnet, „den Missbrauch des Holocaust zur Rechtfertigung der israelischen Politik“ bereits thematisiert zu haben „als Finkelstein noch ein Teenager war“, bis hin zu Norbert Blüm (CDU), der die militärische Verteidigung Israels als staatsterroristische Aktionen bezeichnet und damit Israel das Recht auf Selbstverteidigung gegen SelbstmordattentäterInnen abspricht.

Unter der Losung „Fence out Terror“ organisiert ein Kölner Bündnis mehrere Gegenaktionen. So finden am Vorabend der „Konferenz“ Informationsveranstaltungen mit einer Referentin der Women's International Zionist Organisation (WIZO) sowie mit Matthias Küntzel (Autor des Buches „Jihad und Judenhass“) statt.

Am Tag der Konferenz (5.6) wird es eine Gegenkundgebung geben, zu der 200-250 Teilnehmer aus der ganzen BRD erwartet werden.

Weitere Informationen unter: <http://www.fenceoutterror.tk>

Aktivitäten des Bündnisses Fence out Terror gegen die Konferenz »Stop the Wall!«

Bündnis Fence out Terror!,

Am 5. Juni 2004 plant ein Bündnis von »Personen aus Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung und der Bewegung für internationale Solidarität, eine Konferenz gegen den Mauerbau in Palästina und gegen die Besetzung Palästinas durch Israel zu veranstalten« (<http://www.freepalestine.de/040605konferenz/index.htm>)

Sie trägt den Titel »Stop the Wall! Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel« und findet in der »Alten Feuerwache« statt.

Ein überregionales Bündnis von 22 Gruppen organisiert unter dem Motto »Fence out Terror! Für die Selbstverteidigung Israels - Gegen die antizionistische Konferenz in Köln!« vielfältige Aktivitäten gegen diese Zusammenkunft.

»Die Organisatoren der Konferenz reden vom >gerechten Frieden< und meinen in Wirklichkeit den Krieg gegen Israel. Die Selbstmordattentate, die im Aufruf zur Konferenz verharmlost werden, sind keine Verzweiflungstaten, sondern Resultat antisemitischer Raserei«, betont Mirjam Körner, Sprecherin des Bündnisses Fence out Terror!.

»Und der Sicherheitszaun ist keine >Apartheidmauer<, sondern vielmehr erwiesenermaßen eine Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger Israels, sich vor dem Terror palästinensischer Selbstmordattentäter zu schützen.

Dort, wo es den Zaun bereits gibt, sind die Attentate spürbar weniger geworden«, so Körner weiter. »Wir rufen dazu auf, das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die Teilnehmer und Besucher der Konferenz >Stop the Wall!< zu verteidigen und Solidarität mit dem Land zu zeigen, das gegründet wurde, um all jenen, die von Antisemiten verfolgt werden, Schutz zu bieten«.

Das Bündnis Fence out Terror! führt am Vorabend der Konferenz (Freitag, 4. Juni 2004, 19.00 Uhr, Universität Köln, Hauptgebäude/WiSo-Schlauch, Hörsaal XII, Albertus-Magnus-Platz) eine Informationsveranstaltung durch.

Auf dieser wird zunächst Margitta Neuwald-Golling von der Women's International Zionist Organization (WIZO) einen Vortrag mit Fakten zum Anti-Terror-Zaun halten. Im Anschluss daran referiert Matthias Küntzel (freier Journalist und Autor; zuletzt: »Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg«, Freiburg 2002) über die deutsche Nahost-Politik.

Am Samstag, 5. Juni 2004, organisiert Fence out Terror! eine Kundgebung gegen die Konferenz »Stop the Wall!«. Beginn ist um 9.30 Uhr am Sudermanplatz (Nähe »Alte Feuerwache«/Ebertplatz). Es wird zahlreiche Redebeiträge der am Bündnis beteiligten Gruppen geben; als Rednerin ist ferner Beate Klarsfeld (Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France, FFDJF) angefragt.

Weitere Informationen (u.a. den Aufruf des Bündnisses Fence out Terror!, Näheres zu den Veranstaltern, den Referentinnen und Referenten der Konferenz, Fakten zum Anti-Terror-Zaun und zum deutschen und palästinensischen Antizionismus und Antisemitismus) finden Sie unter <http://www.fenceoutterror.tk>

Bündnis Fence out Terror!, 27. Mai 2004

"die jüdische" 27.05.2004 23:48

(Nichts) Neues in der deutschen Nahost-Debatte?

Am 5. Juni findet in Köln unter dem Titel "Stop the Wall" eine "Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" statt.

Von Alfred Schobert
Graswurzelrevolution, 27. Mai 2004

Der fortgesetzte Mauerbau und der Armee-Einsatz in Rafah wecken Interesse an einer Konferenz, die "gewaltlose Kampagnen israelischer und palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten" unterstützen will. Teilnehmer wie Amnon Raz-Krakotzkin und Moshe Zuckermann könnten vielleicht sogar den Überdruß besiegen, den viele schon beim bloßen Gedanken an deutsche Nahost-Debatten verspüren. Verstärkt seit Beginn der zweiten Intifada und im Kontext aufeinander folgender Antisemitismus-Skandale spricht es bei diesem Thema bekanntlich aus deutschen Bäumen, und in der Linken und den (neuen) sozialen Bewegungen ist die Diskussion durch Verfallen in die binäre Reduktion auf 'Freund oder Feind' erstarrt (I.).

Die der Konferenz zu Grunde liegende "Kölner Erklärung" unterscheidet sich zwar wohltuend vom alten Anttiimp-Antizionismus der deutschen Palästina-Solidarität, ist aber durch verdächtige Asymmetrien gekennzeichnet (II.). Mag man versucht sein, beim Lesen des Textes wohlwollend über sie hinweg zu sehen, zeigt ein Blick auf einen Teil der Konferenz-Veranstalter, Unterstützer und Podiumsteilnehmer, dass die Konferenz ernsthaft Gefahr läuft, die eine Position der binär-reduktionistischen Konstellation doch zu reproduzieren (III.). Die andere Position, die ihrem Gegenpart an Stupidität in nichts nachsteht, hat bereits Gegenaktivitäten angekündigt (IV.).

I.

Überdruß an deutschen Nahost-Debatten dürften viele verspüren. Nicht zuletzt diejenigen, die den eskalierenden Konflikt nicht simpel nach 'gut' und 'böse' sortieren. Die also nicht

- entweder als lebende Fossile des Antiimperialismus 'den guten Palästinensern' als Opfer (und *nur* als Opfer) 'das böse Israel' als staatsterroristische Besatzungsmacht und 'die Zionisten' als Rassisten und somit als Täter gegenüberstellen,
- oder in einer neuen Variante des Philosemitismus als "Antideutsche" 'das gute Israel' im Überlebenskampf gegen 'die terroristischen Palästinenser', verstanden als einheitliches völkisches (und somit antisemitisches) Kollektiv und fester Bestandteil des islamistischen Megaterrors, halluzinieren.

Mit dem, was in Israel und in den besetzten Gebieten geschieht, haben diese Bilder und (Wahn-)Vorstellungen wenig bis gar nichts zu tun. Impulse zur Entspannung der Lage und für Schritte aus der bisweilen ausweglos scheinenden Situation, soweit sie überhaupt aus Deutschland oder Europa kommen können, sind von dieser Debatte, in der zwei gleichermaßen realitätsferne, in der Hauptsache auf Wahrung der eigenen Identität bedachte Positionen ineinander verkrallt und aufeinander angewiesen sind, nicht zu erwarten. *Solche* Nahost-Debatten, die auf dem stupiden Betriebssystem der binären Reduktion laufen, sind günstigstenfalls nutzlos. Zumeist zeitigen sie fatale Effekte für die politische Kultur, ein Begriff der Politologie, der hier Gefahr läuft, als Euphemismus zu funktionieren: Sie sind Teil der Nährlösung, in der einerseits anti-antisemitisch artikulierter antiislamischer Rassismus, andererseits - bisweilen antirassistisch verpackter - Antisemitismus 'von links' gedeihen (daher ist es sinnvoll, es sich gelegentlich zuzumuten, diese Debatten zu beobachten). "Es gibt keinen Grund, zwischen gutem Rassismus und schlechtem Antisemitismus zu unterscheiden", schreibt Esther Benbassa, beide "bezeichnen dasselbe Elend". (1)

Nicht zuletzt führt diese Art Nahost-Debatte dazu, dass innerhalb dessen, was "die Linke" oder die "(neuen) sozialen Bewegungen" genannt wird, eine hinreichend gründliche Diskussion des vielfältig, in Deutschland insbesondere historisch (vom Nazismus bis zu den Irrwegen des bewaffneten Kampfes mancher Ausläufer der "Neuen Linken", nicht zu vergessen den staatlichen Antizionismus der DDR) überdeterminierten Themas kaum stattfindet. Stattdessen werden konfrontativ Glaubensbekenntnisse ausgetauscht. Jede Position verfügt dabei über 'ihre Juden' bzw. 'ihre Israelis', die - ob ihnen dies bewusst ist und ob sie dies wollen oder nicht - wie religiöse Autoritäten (selektiv) zitiert und präsentiert werden.

Auf dem Weg zum Glaubenskrieg ist man in den letzten Monaten einige Schritte voran gekommen. Wer sich dies antun wollte, konnte nach dem Fiasko der Antifa-Demonstration in Hamm am 17. Januar, der Hamburger Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 31. Januar und der "anti-deutschen" Strafexpedition nach Hamburg am 24. April auf den diversen Geblubber-Seiten der Antitimps und der Antideutschen heroische Darstellungen und Interpretationen aus dem Glaubensstraßenkampf nachlesen. Wer da als erstes wem die Förmchen geklaut und wer als erster dem anderen aufs Maul gegeben hat, ist im Gewimmel der einander widersprechenden Erzählungen kaum zu rekonstruieren. Ob's überhaupt der Mühe wert ist? Nun ist der nächste "Feldzug" der "Antideutschen" angekündigt, sein Ziel ist die Kölner Konferenz.

II.

Die Konferenz-Grundlage, die am 17. Januar 2004 verabschiedete "Kölner Erklärung: Den Mauerbau in Palästina unverzüglich stoppen!", unterscheidet sich wohlthuend von den gewohnten antiimperialistischen Kampftexten der deutschen Palästina-Solidarität. Doch das heißt ja auch nicht sehr viel.

So vermeidet die Erklärung, den Terror auf palästinensischer Seite beim Namen zu nennen und ihn zu verurteilen; stattdessen spricht man bloß von "Gegengewalt". Auch drückt man sich um die ausdrückliche Forderung nach einem Ende dieses Terrors, während man bezüglich eines Endes der israelischen Besetzung Klartext redet: "Für einen solchen Frieden ist ein Ende der israelischen Besetzung und Besiedlung die unabdingbare Voraussetzung", heißt es im Aufruf. Der palästinensische Terror ist wohl, wie man das von Orwell kennt, irgendwie 'gleicher als gleich', wenn er kurz zuvor in der Rede von "verbrecherischen Angriffen auf unschuldige Zivilisten beider Seiten" mit den Aktionen der Besatzungstruppen auf eine Ebene gestellt wird.

In resolutionärer Hochstimmung verkündet man mit allergrößter Gewissheit: "Nur ein Ende der Besetzung, ein rascher und endgültiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems *werden* auch zu einem Ende der Gewalt führen" (Hrvh. v. A.S.). Dass "faire Lösung des Flüchtlingsproblems" ein arg interpretationsoffener Formelkompromiss ist, der auch für eine palästinensische Maximalforderung stehen kann, sei nur am Rande erwähnt. (2) Grob fahrlässig ist die wie eine Garantie präsentierte Behauptung, ein Ende der Besetzung und die nebulös bleibende "faire Lösung des Flüchtlingsproblems" würden quasi automatisch "zu einem Ende der Gewalt führen". Sollten sich die islamistischen palästinensischen Terrorgruppen, die Israel zerschlagen wollen, nicht an die weissagende Direktive aus Köln halten, würde man dafür nicht in Köln, sondern in Tel Aviv oder anderswo in Israel bluten.

Das Vertrackte nach Jahrzehnten der Besetzung und der davon begünstigten (nicht hingegen durch sie verursachten) zunehmenden militanten Islamisierung relevanter Teile der palästinensischen Gesellschaft ist doch, dass sich die so formierten Subjektivitäten und Assoziationen nicht mit einem Mal auflösen, sondern fortzudauern drohen, selbst wenn einige bedeutende Umstände ihrer Entstehung historisch erledigt wären. Ein Ende der Besetzung ist eben keine Garantie für ein Ende des Terrors; sie würde allerdings *die Chance* (nicht mehr, nicht weniger) eröffnen, den Zulauf zu den terroristischen Gruppen zu verringern und diesen Terror mittelfristig auszutrocknen, effektive, also vor allem unzweideutige Ächtung des Terrors und seine tatsächliche, d.h. unter den gegebenen zivilisatorischen Standards: rechtsstaatlich begrenzte, polizeiliche Bekämpfung vorausgesetzt. Dass die Aktivitäten der Palästinensischen Autonomiebehörde diesbezüglich bisher weit hinter dem Er-

forderlichen zurück bleiben, lässt sich nicht allein damit entschuldigen, dass die Besatzungstruppen erhebliche Teile ihrer Infrastruktur zerschlagen haben.

III.

Die eine oder der andere mag diese Lektüre der Kölner Erklärung vielleicht für haarspalterisch halten und einwenden, manches, dessen Fehlen in der Erklärung kritisiert wurde, so eine Verurteilung des Terrors, verstehe sich doch von selbst. Schaut man sich Veranstalter, Unterstützer und Konferenz-Teilnehmer genauer an (3), entdeckt man doch wieder lebende Fossile des dumpfen Antiimperialismus und Antizionismus in relevanter Zahl, so dass manch als selbstverständlich Geltendes alles andere als selbstverständlich ist.

Das gilt nicht nur für die als Unterstützer genannte "Redaktion der kommunistischen Internet-Zeitung" *kommunisten-online.de*. Deren Anfang Mai 2004 verschickter Newsletter enthielt nicht nur den Aufruf zur Kölner Konferenz, sondern neben einer Verbeugung vor Stalin ("prophetische Voraussage") mehrere Links zu Texten, an denen sich das erbärmliche Niveau des Antiimperialismus und Antizionismus einmal mehr studieren lässt: Das K-Grüppchen deckt das Spektrum von Dummheiten (an Möllemanns antisemitischem Wahlkampf-Flyer lasse sich nichts Verwerfliches erkennen) über faktenresistenten Hass auf Israel und den Zionismus bis zu antisemitischer Paranoia (eine kritische Studie des DISS zur Nahost-Berichterstattung deutscher Medien wird als durch Geld vom israelischen Geheimdienst Mossad finanzierte Arbeit von "Diversanten" entlarvt) ab. (4)

Unter den Unterstützern und Veranstaltern der Konferenz finden sich mehrere Unterstützer der Kampagne "10 Euro für das irakische Volk im Widerstand", die vom Campo antiimperialista und der Wiener AIK gestartet wurde. Da diese Kampagne bereits mehrfach Thema in dieser Zeitung war (GWR 285 u. 289), sei an dieser Stelle lediglich auf ein Interview der Wiener AIK mit Jabbar Al Kubaya verwiesen. Der Anführer der Irakischen Patriotischen Allianz, derjenigen irakischen Gruppe, der die Kampagne zugute kommen soll, deutet an, wen er gemeuchelt sehen will; verpackt in eine Prognose sieht der große Führer des Volkes im Widerstand schon das Blut 'linker Verräter', nämlich der irakischen Kommunisten, fließen: "In einem gewissen Sinn sind sie [die irakischen Kommunisten] sogar schlimmer als die Besatzer. [...] Später werden sie vom siegreichen Volk ausgemerzt werden. Niemand wird weinen, wenn ein Kollaborateur getötet wird, selbst wenn er sich selbst als kommunistisch bezeichnet." (5)

Unter den Veranstaltern findet sich der Verband Deutsche Freidenker, deren Vorsitzender in seiner Verbandsfunktion seine Unterstützung der Kampagne "10 Euro" per Presseerklärung rechtfertigte. (6) Die deutsche Zentrale der Kampagne, Initiativ e.V. (Duisburg), zählt zu den Unterstützern der Konferenz.

Als Moderator des erstens Konferenz-Panels vorgesehen ist Ludwig Watzal, der in der Zeitschrift *Intifada* des Campo antiimperialista publiziert (wird). (7)

Ein Konferenz-Moderator, Rüdiger Göbel, hat sich neben seiner Unterschrift auch publizistisch für diese Kampagne stark gemacht, als devoter Interviewer des Kampagnen-Initiators Langthaler und zuvor im kumpanenhaften Interview mit dem Kampagnen-Unterstützer Joachim Guilliard (vom Heidelberger Antikriegs-Forum, Unterstützer der Kölner Konferenz). (8) Diese Texte Göbels müssen im Kontext der Blattlinie der *jungen Welt* betrachtet werden (so wie Göbels Tätigkeit für das Blättchen im Konferenz-Programm als Qualifikation des Moderators benannt wird). Werner Pirker, Leitartikler der *jungen Welt* (und Unterstützer der Kampagne) hat in der *jungen Welt* Terror legitimiert. (9) In dem gemeinsam mit Langthaler verfassten Antiamerikaner-Katechismus liefert Pirker die Hintergrundargumentation für den "Solidaritäts"-Einsatz der AIK zugunsten der Hamas. (10) Göbel arbeitet dieser Blatt-Linie zu, wenn er sich journalistisch für die von der AIK lancierte Kampagne engagiert. Und das hat nicht nur prinzipiell mit der Gewaltfrage, sondern ganz spezifisch mit dem Konferenz-Thema zu tun. Der Anführer der durch die Kampagne geförderten Irakischen Patriotischen Allianz, Jabbar Al Kubaya, stellt den Zusammenhang her: "Die amerikanische Besatzung des Irak ist unleugbar mit der zionistischen Besatzung in Palästina verbunden. Das Projekt dieser Besatzungen muss von der arabischen Nation gemeinsam bekämpft werden." (11)

Durch die starke Präsenz von Unterstützern der Kampagne zugunsten dieser irakischen "Widerstands-"Kräfte bei der Kölner Konferenz verliert der in der Kölner Erklärung formulierte Anspruch, "Kräfte in Israel und Palästina, die für ein gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben beider Völker eintreten", und "gewaltlose Kampagnen israelischer und palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten" zu "unterstützen", massiv an Glaubwürdigkeit.

IV.

Gegen die Kölner Konferenz richten sich Aktivitäten antideutscher Gruppen. Sie "rufen dazu auf, das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen der Konferenz 'Stop the wall!' zu verteidigen und vor Ort die Solidarität mit dem Land praktisch werden zu lassen, das gegründet wurde, um all jenen, die von Antisemiten verfolgt werden, Schutz zu bieten." (12) Was darf man sich nach den vorangegangenen Schlägereien unter der Ankündigung, "Solidarität [...] praktisch werden zu lassen" und "das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen der Konferenz [...] zu verteidigen" vorstellen, wenn der Guru dieser Sektierer zuvor ein Loblied auf den französischen BETAR anstimmte, da dieser "manchmal auch militant gegen antisemitische Manifestationen" (bzw. was man dafür hält) vorgehe, und sogar der Ligue de Défense Juive (Jüdische Verteidigungsliga) gute Seiten abgewann, da sie "zu militanten Aktionen gegen arabische und linke Antizionisten und andere Antisemiten übergegangen" sei? (13)

Mit präziser Kritik an der Konferenz halten sich die Antideutschen nicht lange auf. Ihre Texte vermitteln den Eindruck, dass es ihnen darum geht, andere Rechnungen zu begleichen. Ihr Hauptfeind heißt Moshe Zuckermann. Ihn hassen sie, und zwar nicht obwohl, sondern *weil* dieser Kritiker der israelischen Regierungspolitik zugleich ein in der Tradition der Kritischen Theorie stehender kompetenter und scharfer Kritiker deutscher Normalität (14) ist und das Ineingreifen hiesiger antisemitischer Ausfälle mit israelischer Regierungspropaganda benennt. (15) Damit zerstört Zuckermann die Geschäftsgrundlage der *Bahamas* und ihrer übers Land verstreuten Kinder- und Jugendgruppen, die gerne einen Monopolanspruch auf (die wahre und einzige) Kritische Theorie behaupten - daher ist Zuckermann in ihren Augen viel schlimmer als beispielsweise Uri Avnery und Moshe Zimmermann, die in deutschen Medien zum Thema Israel ähnlich präsent sind.

So heißt es am Schluss eines Rückblicks auf die antideutsche Strafexpedition nach Hamburg: "Die linke Kumpanei der vorgeblichen Antisemitismus-Kritiker mit den tatsächlichen Antisemiten gilt es auch weiterhin zu stören. Der nächste 'Feldzug' (Kirsche) wird in Köln am 5. Juni 2004 durchgeführt, wenn, wie angekündigt, der Doyen des Postzionismus, Moshe Zuckermann, mit den Saddamiten von der *jungen Welt* und den Westentaschen-Goebbels des palästinensischen 'Widerstandes' den Schulter schluß übt". (16)

Wenn Zuckermann als Teil einer "linke[n] Kumpanei der vorgeblichen Antisemitismus-Kritiker mit den tatsächlichen Antisemiten" namentlich denunziert ausgemacht wird, lässt das immerhin noch offen, ob die einzigen wahren Antisemitismus-Kritiker ihn zu den "tatsächlichen Antisemiten" oder zu den "vorgeblichen Antisemitismus-Kritikern" zählen. Diese Großzügigkeit hat freilich sogleich ein Ende, wenn Zuckermann zum Nazi-Kollaborateur erklärt wird, indem man ihn im "Schulter schluß" "mit den Saddamiten von der *jungen Welt* und den Westentaschen-Goebbels [Hrvh. v. A.S.] des palästinensischen 'Widerstandes'" sieht. (17) Dass Zuckermann ganz nebenbei zum "Doyen des Postzionismus" ernannt wird, beweist die komplette Ahnungslosigkeit des *Bahamas*-Autors. Zuckermann hat sich nie zum Postzionismus bekannt, sondern definiert sich als "Nichtzionist" (18) und hat - wie auch der Kölner Konferenz-Teilnehmer Amnon Raz-Krakotzkin, der auch in seriöser Literatur gelegentlich vage dem Postzionismus zugerechnet wird - dieses Etikett kritisiert. (19) Doch von Sachkenntnis lässt sich antideutsche Gesinnungsstärke nicht trüben, und so wetteifert diese Strömung mit ihrem Antiimp-Gegenpart auf der nach oben offenen Inkompetenz-Skala.

Bei dieser Ausgangslage steht zu befürchten, dass sich in Köln die binär-reduktionistische Konstellation, in der eine informierte und verantwortliche Nahost-Debatte unmöglich ist, nur erneut - und womöglich eskalierend - reproduziert.

Anmerkungen

(Dieser Artikel ist ein Vorabdruck aus Graswurzelrevolution 290, Sommer 2004.)

(1) Esther Benbassa: La République face à ses minorités. Les Juifs hier, les Musulmans aujourd'hui. Paris: Mille et une nuits 2004, S. 105. Benbassa schreibt dies angesichts der merkwürdigen 'Konkurrenz', in die in weiten Teilen des französischen mediopolitischen Diskurses die Kritik an "neuer Jüdischphobie" einerseits, "neuer Islamophobie" andererseits gebracht werden; vgl. Pierre André Taguieff: La nouvelle judéophobie. Paris: Mille et une nuits 2002 u. Vincent Geisser: La nouvelle Islamophobie. Paris: La Découverte 2003.

(2) Vgl. zu einem Vorschlag *symbolischer* Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser und der daraus resultierenden praktischen Konsequenzen im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung Moshe Zuckermann: Zweierlei Israel. Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß. Hamburg: Konkret 2003, S. 104.

(3) Siehe www.freepalestine.de/040605konferenz/veranstalter.htm; letzter Datenabruf am 20. Mai. Zwei der als Veranstalter fungierenden Organisationen, die deutsche Sektion der IPPNW und das Komitee für Grundrechte und Demokratie, sind ab dem 10. Mai auf die im folgenden genannten Gruppen und Personen aufmerksam gemacht und mit ausführlichem Quellenmaterial versorgt worden. Man verschone uns also mit Gejammere darüber, dass diese Kritik nun öffentlich artikuliert wird.

(4) Siehe www.kommunisten-online.de. Spekulationen über die Finanzierung des DISS durch den Mossad gab es zuvor nur aus der Nazi-Szene. Vgl. das corpus delicti: Siegfried und Margrete Jäger (unter Mitarbeit von Gabriele Cleve, Ina Ruth, Frank Wichert u. Jan Zöllner): Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus. Münster: LIT 2003.

(5) Wir werden überall das Feuer entfachen. Jabbar al Kubaysi über die zu bildende politische Widerstandsfront (29.4.2004, www.antiimperialista.com/de/view.shtml?category=2&id=1078059715&keyword=+).

(6) "Gegen die Aggressions- und Besatzungstruppen ist jeder, auch militärischer, Widerstand legitim und völkerrechtlich erlaubt. Hingegen ist es die bekannte Methode der Angriffskrieger, diesen Widerstand als Terror, und Partisanen als Terroristen zu verunglimpfen" (Klaus Hartmann: "Panorama": Gehirnwäsche im Dienste der Angriffskrieger. Pressemitteilung vom 11.12.2003). Wer davon redet, dass "jeder Widerstand [...] legitim" sei und die Bezeichnung "Terror" pauschal als eine die Besatzung begünstigende Verunglimpfung des "Widerstands" kennzeichnet, der legitimiert implizit auch die Selbstmordanschläge, und zwar ganz egal, wen sie treffen.

(7) Vgl. Ludwig Watzal: Steht den Palästinensern eine neue Vertreibung bevor? (www.antiimperialista.com/view.shtml?category=31&id=1042360761&keyword=+). Watzal soll ein Panel moderieren, an dem u.a. Moshe Zuckermann teilnimmt. Ob die Organisatoren sich dabei etwas gedacht haben, gar Zuckermanns deftige Bemerkung gegen Watzal im Sinn hatten? Vgl. Moshe Zuckermann: Zweierlei Israel (Anm. 2), S. 33.

(8) Vgl. Rüdiger Göbel: Trotz Hetze in ARD-Magazin: Weiter Spendenerfolg für Irak? jW sprach mit Willi Langthaler von der Antiimperialistischen Koordination (AIK) in Wien. In: junge Welt 20.12.2003 (www.jungewelt.de/2003/12-20/016.php) u. ders.: Irak-Kriegsgegner von Bild-TV vorgeführt: »Panorama« unter falscher Flagge? [Interview mit Joachim Guiliard]. In: junge Welt 13.12.2003 (www.jungewelt.de/2003/12-13/018.php).

(9) Vgl. Werner Pirker: Legitime Attacke - Anschlag auf Vizechef des Pentagon knapp gescheitert. In: junge Welt 27.10.2003 (www.jungewelt.de/2003/10-27/003.php).

(10) Man vergleiche Wilhelm Langthaler/Werner Pirker: *Ami go home. Zwölf gute Gründe für einen Antiamerikanismus*. Wien: Promedia 2003, S. 97-98 u. 111-112 mit AIK: *Solidarität mit Hamas! Sofortige Aufhebung der Schwarzen Liste der EU!* (13.9.2003).

(11) Wir werden überall das Feuer entfachen (Anm. 5).

(12) *Fence Out Terror! Für die Selbstverteidigung Israels - Gegen die antizionistische Konferenz in Köln!* (<http://infoladen.de/koeln/casablanca/fenceoutterror/aufruf.html>).

(13) Justus Wertmüller: *Französische Zustände*. In: *Bahamas H. 42* (2003), S. 28-34, hier S. 28. Nach viel Lob räumt Wertmüller immerhin die Bindung der *Ligue de Défense Juive* an Meir Kahane ein, dessen Organisation in Israel verboten ist: "Zwar handelt diese Gruppierung durchaus vernünftig für jüdischen Selbstschutz und gegen das Bündnis aller Antisemiten gegen Israel, indes, ihre allzu enge Bindung an die Ideologie Meir Kahanes - Stichwort: Transfer aller Palästinenser aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen nach Jordanien - [...] macht sie ideologisch in der Tat anrüchig" (ebd., S. 28).

(14) Vgl. Moshe Zuckermann: *Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität*. Berlin u. Bodenheim: Philo 1999.

(15) Vgl. bspw. Moshe Zuckermann: *Wie füreinander geschaffen. Die Möllemänner und die Sharons instrumentalisieren den israelisch-palästinensischen Konflikt*. In: Michael Naumann (Hg.): *"Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein..." Der neue Antisemitismus-Streit*. München: Philo/Ullstein 2002, S. 122-125.

(16) *Mitten in der Zone: Hamburg. Zu den Angriffen auf die israelsolidarische Demonstration am 24.04.2004* (www.redaktion-bahamas.org/aktuell/HH-Nachlese.htm).

(17) Nebenbei gefragt: Warum eigentlich "Saddamiten" und nicht, wie Bushisten, Mitterandisten oder ehemals Marxisten, Saddamisten? Richtig vermutet: Wie André Gide Verlaire antworten lässt: "Man sagt Sodomit, mein Herr", nachdem der Richter ihn gefragt hat, ob er "Sodomist" sei, sagt man heute Saddamit und bringt die Assoziationsfolge Saddamit(e) - Sodomit(e) nebst Sadismus in Gang, die das Geschwätz in diversen internationalen Chatrooms und Diskussionsforen beflügelt.

(18) Vgl. Moshe Zuckermann: *Zweierlei Israel* (Anm. 2), S. 42f.

(19) Vgl. Jean-Christophe Attias/Esther Benbassa: *Israël, la terre et le sacré* [zuerst 1998]. Paris: Flammarion 2ème éd. revue 2001, S. 307-308 und Raz-Krakotzkins *Statements in Neri Livneh: Post-Zionisms only rings once*. In: *Ha'aretz* 2.9.2001.

Fence Out Terror!

Für die Selbstverteidigung Israels - Gegen die antizionistische Konferenz in Köln!

Für den 5. Juni lädt ein breites Bündnis zu einer Konferenz unter dem Motto „stop the wall“ nach Köln ein. Diese Konferenz bei der sich das who is who des bundesrepublikanischen Antizionismus die Klinke in die Hand gibt, wird und alle Zeichen deuten darauf hin zu einem Tribunal gegen Israel werden. Neben den bereits einschlägig bekannten Ludwig Watzal, Viktoria Waltz und Rüdiger Göbel werden auch Felicia Langer und Moshe Zuckermann an der Konferenz teilnehmen. Wer den Antizionisten nicht widerspruchslos das Feld überlassen will und seine Solidarität mit dem Staat Israel zeigen möchte, hat die Möglichkeit dies bei folgenden Veranstaltungen tun:

Freitag, 4. Juni 2004:

Informationsveranstaltung

Margita Neuwald-Golling (WIZO): Der Anti-Terror-Zaun

Matthias Küntzel: Zur deutschen und europäischen Nahost-Politik

19:00 Uhr, Universität Köln,
Hauptgebäude/WiSo-Schlauch, Hörsaal XII,
Albertus-Magnus-Platz (U8/9, Haltestelle
Universität)

Samstag, 5. Juni 2004

Kundgebung gegen die Konferenz "Stop the Wall"

9:30 Uhr, Sudermanplatz (Nähe Alte Feuerwache,
U-Bahn-Haltestelle Ebertplatz. Der
Kundgebungsplatz ist noch nicht bestätigt.)

Inland
Henning v. Stoltzenberg

Stop the Wall – für ein Ende der Gewalt
Internationale Konferenz der Friedensbewegung am 5. Juni in Köln gegen israelische Apartheidmauer

Eine internationale Konferenz »Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina« findet am kommenden Samstag in der Alten Feuerwache in Köln statt. Die Initiatoren der Konferenz, etwa 70 Personen aus der Linken und der Friedensbewegung, trafen sich bereits im Januar in der Domstadt, um eine gemeinsame Erklärung gegen die im Bau befindliche Apartheidmauer in Palästina zu verabschieden und mit der Planung einer internationalen Konferenz zu beginnen. In dieser »Kölner Erklärung« wird der Bau der Mauer, die über 50 Prozent der besetzten Westbank annektieren wird, als weiterer Schritt zur Eskalation des Konfliktes bewertet, der dadurch auch der israelischen Bevölkerung keine Sicherheit bieten könne. »Nur ein Ende der Besatzung, ein rascher und endgültiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems werden auch zu einem Ende der Gewalt führen und den verbrecherischen Angriffen auf unschuldige Zivilisten beider Seiten den Nährboden entziehen«, heißt es in dem Dokument weiter. Die etwa 40 unterzeichnenden Organisationen wollen die Öffentlichkeit informieren, Kampagnen palästinensischer und israelischer Aktivisten gegen den Mauerbau unterstützen und gegen Rüstungsexporte aus der EU protestieren.

Auf der Konferenz werden in vier Panels verschiedene Aspekte des Konfliktes beleuchtet und diskutiert. Als Referenten reisen Vertreter israelischer und palästinensischer Initiativen an, um über ihre politische Arbeit und Einschätzung zu berichten. Mit Musik- und Tanzgruppen aus Palästina, Israel und dem Libanon soll die Konferenz beendet werden.

Einige Gruppen, die sich selbst zur Linken zählen, erklärten bereits, diese Konferenz zu attackieren. »Einseitige Israel-Kritik ist kein Dialog«, lautet etwa der Titel eines Interviews in einer ansonsten eher unpolitischen Kölner Kulturzeitschrift mit einem Mitglied des »AK Antisemitismuskritik bei Attac«. Ähnliches wird in einem Artikel der Zeitschrift Graswurzelrevolution verbreitet. Sogenannte antideutsche Gruppen, bekannt für ihre Befürwortung der US-amerikanischen und israelischen Politik, drohen gar, »das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die Teilnehmer der Konferenz Stop the wall! zu verteidigen.«

* Die Konferenz am 5. Juni beginnt um 11 Uhr in der Alten Feuerwache, Melchiorstraße 3 in Köln

Weitere Informationen: www.freepalestine.de

Nahostkonflikt erfasst Köln

Am Samstag findet in Köln eine Konferenz gegen den israelischen "Sicherheitszaun" statt. Kritiker aus der antideutschen Szene finden die Veranstaltung zu propalästinensisch und machen dagegen mobil

VON DIRK ECKERT

Keine Israel/Palästina-Diskussion ohne eine Debatte darüber, wie israelische Politik kritisiert werden darf, wo also die Grenze zwischen legitimer Kritik und antisemitischem Ressentiment verläuft - das gilt auch für den kommenden Samstag, wenn in Köln die Konferenz "Stop the Wall" stattfindet. "Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" nennt sich die eintägige Veranstaltung, zu der illustre Gäste erwartet werden. Unter anderem kommen der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der israelische Historiker Moshe Zuckermann, Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, der Publizist Ludwig Watzal, die Rechtsanwältin Felicia Langer sowie verschiedene Aktivisten aus Israel und den besetzten Gebieten. Ab 11 Uhr wird im Bürgerzentrum Alte Feuerwache der Bau der von der israelischen Regierung "Sicherheitszaun", von den Kritikern "Mauerbau" genannten Anlage diskutiert. Nach den Plänen der Sharon-Regierung soll diese die Bürger Israels vor Terrorismus schützen, nach Auffassung der Kritiker ist sie aber völkerrechtswidrig und dient dazu, palästinensisches Land zu annektieren. So heißt es jedenfalls in der "Kölner Erklärung", die Grundlage der Konferenz ist (*siehe Kasten*).

Genau daran entzündet sich Kritik. Die *StadtRevue* brachte ein Interview mit der Berliner Historikerin Juliane Wetzel, die kritisierte, dass palästinensische Selbstmordanschläge in der Erklärung "überhaupt nicht" vorkämen. Und nachdem in den *Lokalberichten*, einer kleinen Kölner linksozialistischen Zweiwochenzeitung, die Konferenz angekündigt wurde, gingen Mitglieder des Sozialistischen Forums Rheinland mit der Erklärung hart ins Gericht, was wiederum in Attac-Kreisen eine Debatte zum Nahost-Konflikt entzündete. Die Gewalt im Nahostkonflikt gehe keineswegs nur von Israel aus, so die linken Sozialdemokraten, zudem sei es durchaus möglich, dass bessere Grenzkontrollen zur Eindämmung von Selbstmordanschlägen beitragen - dieses "legitime Sicherheitsmotiv" würden die Mauerbaukritiker aber gar nicht berücksichtigen. Im Übrigen materialisiere sich durch die Grenzziehung auch die Zweistaatlichkeit, kritisiert werden müsse deshalb nur die Art der Grenzziehung, die die Palästinenser ungenügend berücksichtige.

"Wir haben uns immer gegen alle Terroranschläge ausgesprochen", betont dagegen Annette Schiffmann vom Konferenzbüro. Gegen den Vorwurf der Einseitigkeit spreche schon, dass ein breites Bündnis aus palästinensischen und jüdischen Gruppen sowie Solidaritätsgruppen hinter der Konferenz stehe, meint Jens-Peter Steffen, friedenspolitischer Sprecher der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). "Es ist nicht so, dass alle unisono eine Position vertreten." Kritiker seien eingeladen, zu der Konferenz zu kommen. "Wir sind offen und suchen das Gespräch", betont er.

Davon wollen die so genannten Antideutschen allerdings nichts wissen. Für den Samstag hat das Bündnis "Fence out Terror!" eine Kundgebung gegen die "antizionistische Konferenz" und "für die Selbstverteidigung Israels" angekündigt. "Die Organisatoren der Konferenz reden vom ,gerechten

Frieden' und meinen in Wirklichkeit den Krieg gegen Israel", so Mirjam Körner, Sprecherin des Bündnisses "Fence out Terror!". "Bei den Antideutschen stehen die Urteile schon fest", kritisiert IPPNW-Sprecher Steffen. Das dürften diese nicht mal bestreiten.

Konferenz: <http://www.freepalestine.de/040605konferenz/>

Antideutsch:

<http://www.fenceoutterror.tk>

taz Köln Nr. 7373 vom 3.6.2004, Seite 1, 120 Zeilen (TAZ-Bericht), DIRK ECKERT

Hedonistische Mitte, 5. Juni 2004
<http://www.hedonistische-mitte.de/politics/index.php?id=1083698553>

(Aufruf veröffentlicht)

LINKS SEIN IN DEUTSCHLAND HEUTE

Als politische Strömung hat die so genannte Linke in Deutschland anscheinend sichtlich Orientierungsschwierigkeiten. Während ich diese Zeilen schreibe demonstrieren vor meiner Haustür Menschen die sich *Linke* nennen, gegen andere Menschen die sich *Linke* nennen.

Die einen versuchen eine "Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel - Stop the wall" abzuhalten, während die anderen versuchen mit Slogans wie "Fence out Terror" Ersteren in die Suppe zu spucken.

Stein des Anstoßes ist die mutmaßlich "antizionistische" Tendenz der organisierten Friedensveranstaltung. Die Demonstranten sind der Meinung, daß mehr Solidarität mit Israel angebracht sei, während die Organisatoren der Meinung sind, daß Israel unter dem Schlagwort "Palästinenserpolitik" Völkermord begeht.

Moralisch ist der Nahostkonflikt ein Dilemma und seit Jahrzehnten Thema etlicher komplexer Bücher, intensiv recherchierter Nachrichtensendungen et cetera pp. Jedoch scheint sich innerhalb mancher Teile der linken Szene ein derartiger Niveausturz ereignet zu haben, daß es mir schwer fällt zu glauben, was ich soeben auf dem großen Transparent der Demonstranten gelesen habe.



"Gegen Antisemitismus, Antizionismus, Islamismus!"

Wie - so muss man sich, vorausgesetzt man ist nicht vollkommen immun gegen jegliche Logik, zwangsläufig fragen - kann man denn ernsthaft behaupten einer Friedensbewegung anzugehören, wenn man auf der einen Seite religiöse Ausgrenzung anprangert "Gegen Antisemitismus, Antizionismus", aber eben jene Ausgrenzung auf der anderen Seite "Gegen [...] Islamismus" selber proaktiv praktiziert und als förderungswürdig erachtet?

In fühle mich immer noch der politischen Linken recht nahe, jedoch habe ich noch nie von einer linken Aktion gehört, welche den Grundsatz der "Gleichberechtigung aller Menschen" in Frage stellt. Hier überschneiden sich ganz klar extremistische linke und extremistische rechte Ansichten.

Posted by tag at 05.06.04 14:16 | TrackBack

Attac bei Anti-Israel-Konferenz dabei

20 Gruppen veranstalten heute eine "Gerechter Frieden"-Konferenz in Palästina. "Antideutsche" protestieren

KÖLN taz ■ Ralph Giordano wird nicht kommen. Der Anlass für den Unwillen des 82-jährigen Schriftstellers und Publizisten: Ausgerechnet in seiner Kölner Wahlheimat findet heute eine "Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" statt. Auch Giordano hat eine Einladung bekommen. Doch auf seine Anwesenheit müssen die Organisatoren verzichten. "Das wird eine ganz einseitige Geschichte", kritisiert Giordano. "Wie hier mal wieder ganz selbstverständlich Israel einseitig auf die Anklagebank gesetzt werden soll, verbittert mich zutiefst", empört sich der Holocaust-Überlebende gegenüber der taz über die "seltsamen Friedensfreunde".

Tatsächlich lässt schon das Konferenzmotto "Stop the Wall" keinen Zweifel daran, worum es den über zwanzig Veranstaltergruppen - unter ihnen die Attac-AG Globalisierung und Krieg, der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, die Internationale Liga für Menschenrechte und auch die israelische Friedensgruppe Gusch Schalom - geht: Sie wollen gegen die "Apartheidmauer" der Sharon-Regierung protestieren. Mit deren Bau verstoße Israel "ein weiteres Mal gegen das Völkerrecht". Das intensiviere "die Gewalt, die durch die Besatzungsherrschaft gegen die palästinensische Bevölkerung ausgeübt wird", und provoziere "erneut Gegengewalt", wie es in der "Kölner Erklärung" heißt, die Grundlage der Konferenz ist. Die palästinensischen Selbstmordattentate finden dort hingegen keine besondere Erwähnung.

400 Teilnehmer erwarten die Organisatoren, darunter auch einige illustre Gäste wie den renommierten israelischen Historiker Mosche Zuckermann, Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Rechtsanwältin und "alternative Nobelpreisträgerin" Felicia Langer sowie verschiedene Aktivisten aus Israel und den besetzten Gebieten. Auch mit dabei: der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Der Christdemokrat soll am Nachmittag über die "Verantwortung Deutschlands und Europas im israelisch-palästinensischen Konflikt" diskutieren.

Ob er dazu kommen wird, könnte auch von einem Bündnis von knapp 30 vorwiegend "antideutschen" Gruppen abhängen, das unter der Losung "Fence Out Terror!" zum Protest gegen die "antizionistische Konferenz" aufgerufen hat. "Die Organisatoren der Konferenz reden vom ‚gerechten Frieden‘ und meinen in Wirklichkeit den Krieg gegen Israel", kritisiert Bündnissprecherin Mirjam Körner. Deshalb gelte es, "praktische Solidarität zu zeigen mit dem Land, das gegründet wurde, um all jenen, die von Antisemiten verfolgt werden, Schutz zu bieten".

Nach Auffassung des Bündnisses, das auch von dem umstrittenen Münchner Bundeswehrprofessor Michael Wolffsohn unterstützt wird, handelt sich denn auch bei dem umstrittenen Grenzzaun um einen "Anti-Terror-Zaun" mit "rein defensivem und passivem Charakter". Er sei notwendig, "solange der antisemitische Terror gegen israelische Bürger von palästinensischer Seite nicht aufhört".

Die Veranstalter von "Stop the Wall" verstehen indes die Aufregung über ihre Konferenz nicht. Gegen den Vorwurf der Einseitigkeit sprächen doch schon die vielen palästinensischen und jüdischen Organisationen sowie Solidaritätsgruppen, die hinter ihr stünden, so Jens-Peter Steffen, friedenspo-

litischer Sprecher der Ärztevereinigung IPPNW. Es sei "nicht so, dass alle unisono eine Position vertreten". Kritiker seien denn auch herzlich eingeladen, zu der Konferenz im Kölner Bürgerzentrum "Alte Feuerwache" zu kommen: "Wir sind offen und suchen das Gespräch", sagte Steffen.

Dieser Einladung wollen die Kritiker heute auf ihre Weise nachkommen: Mit einer Gegenkundgebung vor dem Veranstaltungsort - um "das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen der Konferenz zu verteidigen". Als Rednerin haben sie unter anderem Beate Klarsfeld eingeladen.

PASCAL BEUCKER

taz Nr. 7375 vom 5.6.2004, Seite 7, 133 Zeilen (TAZ-Bericht), PASCAL BEUCKER

Fence Out Terror

Sharon is now planning to move back from the West Bank. From Yahoo:

"JERUSALEM (Reuters) - Armed with fresh White House endorsement for his Gaza pullout plan, Israeli leader Ariel Sharon (news - web sites) vowed Wednesday to push it past rebellious ministers and evacuate all settlements in the territory by 2005.

Sharon is battling a political crisis that threatens to bring down his government. He needs to win cabinet approval on Sunday for an initiative, supported by most Israelis, to give up the territory captured in the 1967 Middle East war.

He is facing off against rebels, led by his rival and Finance Minister Benjamin Netanyahu (news - web sites), who oppose a plan already rejected by his Likud party as rewarding "Palestinian terror."

"The plan will pass Sunday," Sharon told reporters after a parliamentary security committee session. He told the meeting the 21 settlements in the Gaza Strip (news - web sites) and four out of about 120 in the West Bank would be evacuated by the end of next year.

One lawmaker quoted Sharon as saying "not a single Jewish settler will be left in Gaza." The former general, nicknamed "The Bulldozer" for his hard-nosed tactics, failed to muster enough votes last Sunday and the cabinet vote was postponed.

A Likud minister backing Sharon, Tzippi Livni, met Netanyahu and other rebels late Wednesday in hope of winning them over.

Further strengthening Sharon's hand, the United States said President Bush (news - web sites) would back only the full Gaza pullout proposed by the Israeli prime minister and not a watered-down version suggested by some ministers as a possible compromise.

"It is that plan that he (Bush) supports now and no other," an embassy spokesman said in Tel Aviv, reinforcing Sharon's warning that unprecedented U.S. assurances on keeping West Bank land, which drew international condemnation, could be at stake."

The Fence and the IDFs actions seem to be having a dramatic effect in stopping suicide attacks. From the Jerusalem Post:

"Palestinian Affairs: Death of an Intifada
Isabel Kershner

In the West Bank city of Tul Karm, everyone from Yasser Arafat's governor to the remnants of the Al-Aqsa Brigades says the Palestinian uprising is as good as over

Hani Aweideh looks like he hasn't quite grown into his new role as a militia leader. Clean-cut with neatly coiffed hair, pressed beige jeans and a matching polo shirt with embroidered trim around the collar, the only thing that distinguishes this 26-year-old from the ordinary young men of Tul Karm is the AK-47 he brings with him when he emerges out of hiding for an afternoon rendezvous in an anonymous downtown store.

Aweideh handles the gun awkwardly, though with obvious reverence, asking for a plastic bag to hide it in for the short hop from the backseat of a car into the store. Not long ago Aweideh and his comrades from the Al-Aqsa Martyrs Brigades -- the armed cells, affiliated with Yasser Arafat's Fatah movement, that sprung up with the intifada -- would have been swaggering through the streets of this West Bank market town, inspiring admiration in some residents, terrorizing others and plotting what they call "military operations" against nearby Jewish settlements or Israeli cities that lie

over the Green Line, the pre-1967 border that skirts Tul Karm to the west.

But the armed men are not walking around here anymore, certainly not in broad daylight. The few of them left after the army's frequent raids, targeted killings and arrests are said to be feeling hunted and alone. And while predictions of calm times ahead may be premature, many here are already declaring Tul Karm's intifada over.

"Everybody's either dead or in prison," says Nidal Jallad, who is hanging around the store shortly before Aweideh makes his entry. "It's over. We've had enough. All we want now is for the prisoners to come home." One of Nidal's brothers, a Hamas activist, was caught in March 2003 transporting an explosive belt from Nablus in a car with three others, including the would-be suicide bomber. He is now serving a 17-year sentence in Beersheba jail. Another brother, Nidal says, was shot by an Israeli army sniper during a curfew and is just starting to walk again after four operations. Nidal claims his brother was only outside because soldiers had taken him from his house, dropped him off near the hospital, then ordered him to walk home."

But some obviously don't want peace or security for Israel as they have organized a conference against the "Apartheid Wall". Well luckily not everyone in Cologne has lost the plot and there is a demo against the conference. From FenceOutTerror:

"Fence Out Terror!

For Israel's self-defense - Against the anti-Zionist Conference in Cologne!

An international conference titled "Stop the Wall" will take place in Cologne on June 5th, 2004, as part of the "Campaign against the Apartheid-Wall in Palestine". Some of the most important propagandists of the "honourable anti-Semitism," (Jean Amery), such as Norbert Blüm, Victoria Waltz and Rüdiger Göbel will participate.

By visiting this website you can find out information about the scheduled activities against this event."

Comment (0)

Israels Grenzmauer scharf verurteilt

In Köln haben Politiker und Wissenschaftler auf einer international besetzten Konferenz im Bürgerzentrum Alte Feuerwache zum Teil scharfe Kritik am Mauerbau der israelischen Regierung geübt. Durch die Abschottung der Palästinensergebiete seien die Friedensbemühungen im Nahen Osten "in eine hoffnungslose Sackgasse" geraten, bemängelte der Historiker Reuven Moskovitz, der 2003 mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet worden war. Er bezeichnete Israelis und Palästinenser als "zwei tief verletzte Völker, die dringend der Mithilfe von außen benötigen".

An der Konferenz unter dem Titel "Stop the Wall" beteiligte sich auch der einstige Sozialminister Norbert Blüm. Er nannte die Mauer "ein menschenverachtendes Bauwerk". Mehrere Hundert Teilnehmer hatten die Vorträge und Diskussionen besucht. Etwa 80 Gegner der Veranstaltung demonstrierten mit israelischen Fahnen und Transparenten für "die Selbstverteidigung Israels" zum Schutz vor Selbstmordattentätern. Zwischenfälle blieben nach Polizeiangaben aus. (tho)

Gewaltfreiheit endet schon vor der Halle

"Stop-the-Wall"-Konferenz wünscht sich Frieden in Israel und Palästina. Bei der Einlasskontrolle gehts weniger sanft zu

KÖLN taz ■ Mit einem Appell an Israels Regierung, ihren umstrittenen Sicherheitszaun wieder abzureißen, endete am Samstag die Konferenz "Stop the Wall" in Köln. Zu der Veranstaltung hatten über 20 Friedens- und Palästina-Solidaritätsgruppen eingeladen, unter ihnen die Attac-AG Globalisierung und Krieg, die Ärztevereinigung IPPNW, der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft.

Der im Bau befindliche Grenzzaun schikaniere die palästinensische Bevölkerung und bringe "auf keinen Fall Sicherheit, sondern muss Widerstand hervorbringen", erklärte der israelische Historiker Moshe Zuckermann. Auch Ex-CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm kritisierte die Politik der israelischen Regierung.

"Ich kann nicht erkennen, wie man mit Panzerabwehrraketen auf Kinder den Terrorismus bekämpfen kann", sagte Blüm. Für solche Aussagen gab es großen Beifall. Der ließ allerdings jedes Mal merklich nach, wenn Blüm das Existenzrecht Israels verteidigte oder sich vehement gegen palästinensische Selbstmordattentate aussprach. Solche Positionen waren offensichtlich kein Konsens unter den Anwesenden.

Während im Saal nur über gewaltfreie Aktionen diskutiert wurde, ging es am Eingang zu der Konferenz weniger friedlich zu: Dort sorgten Aktivisten der linksextremistischen Kampagne "10 Euro für das irakische Volk im Widerstand", die auch Terroranschläge im Irak befürwortet, als Ordner bisweilen auch handgreiflich dafür, dass vermeintliche "Antideutsche" keinen Einlass bekamen. Dabei attackierten sie auch Journalisten.

An einer pro-israelischen Gegenkundgebung in der Nähe des Veranstaltungsorts nahmen rund 100 Demonstranten teil.

P. BEUCKER, D. ECKERT

taz Nr. 7376 vom 7.6.2004, Seite 7, 58 Zeilen (TAZ-Bericht), P. BEUCKER / D. ECKERT

Palästina in den Grenzen von 1917

Auf der Kölner Konferenz gegen den israelischen Sicherheitszaun waren die Hardliner am Werk: Von Kompromissen war keine Rede, statt dessen forderten die Teilnehmer das Rückkehrrecht für alle Palästinenser. Jetzt wollen sie Druck auf Israel ausüben

von Dirk Eckert

Norbert Blüm ist unter die Aktivisten der Palästina-Solidarität gegangen. "Die Mauer muss weg", rief er am Samstag den Teilnehmern des Kongresses "Stop the Wall" in der Alten Feuerwache zu. Die von der israelischen Regierung als Sicherheitszaun gebaute Grenzanlage kritisierte der Arbeitsminister a.D. als Schikane, deren Auswirkungen er bei Besuchen selbst gesehen habe: "Da kam ein Ambulanzwagen nicht durch", empörte er sich.

Von solchen Begebenheiten erzählte an diesem Tag im gut gefüllten großen Saal der Alten Feuerwache in Köln nicht nur Blüm. Moshe Zuckermann zum Beispiel, israelischer Historiker, ist in einer Gruppe von jüdischen und palästinensischen Wissenschaftlern aktiv. Wegen der Mauer hätten sie ihren Tagungsraum wechseln müssen, berichtet er. Hinter der Mauer stehe nichts anderes als die Vorstellung, "dass man nur die Augen zu machen muss, damit die Welt da draußen nicht mehr existiert". Viele Israelis hätten noch nicht begriffen, dass sie und die Palästinenser "wie siamesische Zwillinge aneinander gekoppelt sind", bedauerte er.

An Erfahrungsberichten und Analysen zum Mauerbau und das Leben unter der Besatzung herrschte an diesem Tag wahrlich kein Mangel, auch nicht an Klagen über Sharon und seine Politik. Was fehlte, war eine kontroverse Debatte, die nicht mal zustande kam, als gegen Abend unter der Moderation von Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie über gewaltlose, internationale Kampagnen gegen Mauer und Besatzung beratschlagt wurde. Dass es Gruppen wie Hamas und islamischer Dschihad gibt, dass diese mit Selbstmordattentaten jeden Versuch einer Verständigung torpedieren, dass sich jede politische Gruppierung dazu verhalten muss - all das wurde nicht mal erwähnt.

Auch was die Palästinenser eigentlich anstreben sollten, was also der oft beschworene "gerechte Frieden" eigentlich ist, blieb merkwürdig unklar. In der Abschlusserklärung ist zwar von "Israel in den Grenzen bis 1967" die Rede, doch das war auf dieser Konferenz alles andere als Konsens. So legte Salman Abu-Sitta, Koordinator des "Komitees für das Rückkehrrecht des palästinensischen Volkes", gar eine Karte von 1917 auf und zeigte dann, wie die Palästinenser seitdem ihr Land verloren hätten. Und er ließ keinen Zweifel daran, dass er die jetzigen Verhältnisse wieder zurückdrehen will. "Wie lange es auch immer dauert, bestehe auf Deine Rechte", empfahl er den Palästinensern. Sofortige Rückkehr aller Palästinenser in ihre alten Dörfer sei machbar, da die meisten Juden ohnehin in einigen größeren Städten des Landes lebten. Auf einer Karte unterteilte er Israel in A-, B- und C-Zonen für Juden, drehte also die sonst beklagte "Bantustanisierung" der Palästinensergebiete einfach auf die Juden um.

Abu-Sitta bekam tosenden Applaus für seine Forderungen. Dass es längst Pläne gibt, die die Interessen Israels und der Palästinenser unter einen Hut bringen, etwa die Genfer Friedensinitiative, spielte am Samstag in Köln keine Rolle. "Es wird nicht ohne Kompromiss gehen", hatte Norbert Blüm zwar gemahnt, aber sein Appell wurde offensichtlich als Sonntagsrede

Blüm zwar gemahnt, aber sein Appell wurde offensichtlich als Sonntagsrede abgehandelt. Salman Abu-Sitta auf einer im Publikum verteilten Karte: "Das Rückkehrrecht ist heilig. Es ist in der Seele jedes Palästinensers. Ohne es wird kein Frieden herrschen."

Zu solcher religiös-pathetischen Seelenkunde passte es dann, dass zwei Redakteure der Kölner Studierendenzeitung *philtrat* trotz ordentlicher Akkreditierung von der Konferenzteilnahme ausgeschlossen wurden, weil sie vom Ordnerdienst fälschlich für "verkleidete Antideutsche" gehalten wurden. "Ich habe ein solches Klima der Verdächtigung und Denunziation noch nie zuvor erlebt", empörte sich einer der beiden studentischen Redakteure.

Der Ordnungsdienst bestand aus Aktivisten der Kampagne "10 Euro für das irakische Volk irakische Widerstand", die weniger an einem friedlichen Zusammenleben interessiert sind. So ist einer ihrer Sprecher, der Duisburger Thomas Zmrzly, der Ansicht, "eine Distanzierung von allen nicht-friedlichen Mittel des Widerstandes, und die Diskreditierung des militärischen Widerstandes als Terrorismus" könne nur als nicht akzeptabler "Angriff auf den Widerstand interpretiert werden". Auch Zmrzly war einer der Konferenzordner. Er verweigerte zunächst dem NRW-Korrespondenten dieser Zeitung den Einlass, weil er dachte, eine Kongressteilnehmerin hätte diesen als "Anti-Deutschen" identifiziert. Zmrzlys Kommentar nach Klärung des Missverständnisses: "Da hast du aber nochmal Glück gehabt."

taz Köln Nr. 7376 vom 7.6.2004, Seite 1, 153 Zeilen (TAZ-Bericht), Dirk Eckert

Arbeiterfotografie, 7. Juni 2004

<http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2004/2004-06-04-05-koeln-fence-out-terror.html>

<http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage-2004/2004-06-05-koeln-stop-the-wall.html>

(Jede Menge Fotos, zB:)



Presseerklärung

Journalisten auf israel-kritischem Kongress angegriffen

Zwei Redakteure eines Studierendenmagazins mit Gewalt des Gebäudes verwiesen - Dem Korrespondenten der "tageszeitung" (taz) wurde gleiches angedroht - Vorwurf: "Verkleidete Antideutsche"

Auf dem israel-kritischen Kongress "Stop the wall", der am 5. Juni in Köln stattfand, wurden zwei Redakteure des Kölner Studierendenmagazins "philtrat" unter Anwendung körperlicher Gewalt der Räumlichkeiten verwiesen. Sie seien, so die Begründung, "verkleidete Antideutsche" und hätten "Leute angepöbelt". Gleiches wurde unter demselben Vorwand auch dem NRW-Korrespondenten der "tageszeitung" (taz), Pascal Beucker, angedroht. Zu der Veranstaltung, an der auch der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm teilnahm, hatten über zwanzig Friedens- und Palästina-Solidaritätsgruppen eingeladen, unter ihnen die Attac-AG Globalisierung und Krieg, die Ärztevereinigung IPPNW, der Bundesausschuss Friedensratschlag und die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft.

Die drei Journalisten hatten sich vor Beginn des Kongresses zunächst zu einer Protestkundgebung pro-israelischer linker Gruppen, den so genannten "Antideutschen", begeben und diese am Rande stehend beobachtet. Anschließend gingen sie gemeinsam zum Kongress im Bürgerzentrum "Alte Feuerwache", um ihre Berichterstattung fortzusetzen. Dort wurde zunächst Beuckers Tasche mehrfach durchsucht und ihm der Gebrauch seines Fotoapparates untersagt. Als sich die beiden studentischen Redakteure anstellten, um ihre Akkreditierungen abzuholen, wurden sie bezichtigt, "verkleidete Antideutsche" zu sein und auf der Protestkundgebung "Leute angepöbelt" zu haben. Anschließend wurden sie aufgefordert, das Kongressgelände umgehend zu verlassen, was sie nach verbalen Protesten und unter Hinweisen auf ihre Akkreditierung und die Absurdität der Vorwürfe auch taten. Wohl nicht schnell genug, noch im Hinausgehen wurden sie von Konferenz-Ordern rüde gestoßen, beschimpft und ihnen Schläge angedroht.

Mit den Worten "Das hast Du dir selber zuzuschreiben" wurde Beucker ebenfalls von einem der Ordner in rüdem Ton eröffnet, der bekannte taz-Journalist brauche sich gar nicht weiter um Einlass bemühen. Denn: Er werde jetzt ohnehin rausgeschmissen. Der Ordner, der wusste, wen er vor sich hatte, nannte als Begründung, eine Kongressteilnehmerin habe Beucker als "antideutschen Provokateur" identifiziert - was sich nach einer Gegenüberstellung mit besagter Kongressteilnehmerin als Verwechslung herausstellte. Daraufhin ließ ihn der Ordner - bei dem es sich um Thomas Zmrzly, einen Duisburger Aktivist der obskuren Kampagne "10 Euro für das irakische Volk im Widerstand", handelte - doch noch in den Konferenzsaal. Anstatt sich jedoch zu entschuldigen, beschränkte sich Zmrzly auf den lapidaren Kommentar: "Da hast Du noch mal Glück gehabt."

Wie schnell die Veranstalter des Kongresses mit Verdächtigungen bei der Hand sind, musste auch ein Vertreter von "medico international" erfahren. Er wurde von einem Mitglied der "Ökologischen Linken", die in Köln für den Stadtrat kandidieren will, fälschlich für den bekannten pro-israelischen Journalisten Thomas von der Osten-Sacken gehalten. Daraufhin wurde lautstark auch sein Ausschluss gefordert. Der Beschuldigte konnte sich des Andrangs nur durch Vorlegen seines Personalausweises erwehren.

"Ich habe ein solches Klima der Verdächtigung und Denunziation noch nie zuvor erlebt", empört sich Patrick Hagen, einer der studentischen Redakteure. "Jedes unbekannte Gesicht schien für die Veranstalter unter Generalverdacht zu stehen." Er beklagt auch die "ungeheure Aggressivität" des Ordnungsdienstes. Jens-Peter Steffen, friedenspolitischer Sprecher der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und Mitveranstalter des Kongresses, hatte noch am Mittwoch, den 3. Juni, in der "taz Köln" erklärt, Kritiker seien eingeladen, zu der Konferenz zu kommen. "Wir sind offen und suchen das Gespräch", so Steffen. "Darüber kann ich nur lachen", kommentierte Hagen.

Die Redaktion der "philtrat" verurteilt das Vorgehen der Kongressveranstalter aufs Schärfste. "Selbst wenn die Vorwürfe berechtigt wären, wäre der Ausschluss immer noch ein Skandal", betont Hagen.

Die Redaktion der "philtrat" (www.philtrat.de)

Von Zäunen, Steinen und Beton

In Köln wurde über Israels Politik geschimpft

Von Ralf Balke

„Gibt es etwa eine andere Meinung?“ Für Elisabeth Becker vom *Verein Alte Feuerwache* in Köln wohl nicht. Die Bitte der Vizepräsidentin der Europäischen WIZO, Margitta Neuwald-Golling, anlässlich der dort unter dem Motto „Stop the Wall“ stattfindenden Konferenz auch über Israels Sicherheitszaun informieren zu dürfen, wurde abgelehnt. Die Initiatoren der Kampagne gegen die „Apartheidsmauer“ wollten am 5. Juni unter sich bleiben. Nun ließe sich ein solcher Israel-Bashing-Event leicht ignorieren, wären da nicht Promis wie Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm und Professor Moshe Zuckermann unter den Referenten. Auch versprachen die Gastgeber eine „Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“. Was sie darunter verstehen, wurde jedoch rasch deutlich. Tenor aller Redebeiträge: Israel sei ein „rassistischer Staat“, und der Sicherheitszaun diene nur als Instrument einer „Politik der ethnischen Säuberung“. Daß die „Mauer“ bis auf wenige Kilometer Betonabsperungen keine wirkliche Mauer ist, sondern ein Sicherheitszaun, interessierte kaum (*vgl. dazu auch Seite 19*).

„Kein Schwein bildet sich ein, daß es sich um eine Schutzmauer handelt“, behauptete auch Moshe Zuckermann und beklagte die „Fetischisierung des Terrors“ durch israelische Politiker. Neues über die Traditionen des gewaltlosen Widerstands der Palästinenser erfuhr man indes von Noah Salameh, dem Leiter des *Zentrums für Konfliktlösung* in Bethlehem. Bereits die erste Intifada sei gewaltlos gewesen, schließlich hätten die Palästinenser nur Steine geworfen. Dies stünde doch in der Tradition der Pilgerfahrt nach Mekka, wo in einem symbolischen Ritual auch Steine auf den Teufel geworfen werden.

Star des Tages war Norbert Blüm. „Ich bin kein Fachmann“, ließ er das Publikum wissen. Das machte nichts. Tosender Applaus war ihm dennoch sicher, als er Scharon wieder zum Verbrecher stempelte. Daß der Beifall deutlich verhaltener ausfiel, als er auch auf das Existenzrecht Israels pochte, störte ihn offenbar wenig. Blüms früherer Chef Helmut Kohl wäre wohl überrascht, seinen einstigen Weggefährten heute auf Veranstaltungen zu wissen, auf denen „zehn Euro für das irakische Volk im Widerstand“ gesammelt wird.

Die Anwesenheit israelischer Referenten wie Professor Amnon Raz-Krakotzkin sollte so etwas wie Pluralität simulieren. Als dieser dann erklärte, daß auch die israelische Friedensbewegung abzulehnen sei, weil sie den Staat Israel unterstütze, war klar, warum er die Einladung nach Köln erhalten hatte.

Die andere Wahrheit

In Köln demonstrierten jüdische Studenten und nichtjüdische Organisationen gegen die Konferenz „Stop the Wall“

Von Constantin Graf von Hoensbroech

Die junge Frau hat sich eine Israel-Fahne in ihre Haare gesteckt, die auf ihrem Hinterkopf zu einem Knäuel zusammengebunden sind. Junge Männer schwenken Israel-Fahnen. Auch eine Flagge der USA ist zu sehen. Aus den Lautsprechern erklingt plötzlich israelische Tanzmusik, die einigen Teilnehmern der Kundgebung sichtlich in die Beine fährt. „Ist das geil, das ist ja der Hammer“, ruft eine junge Frau und schwenkt beschwingt ihre Israel-Fahne. Inzwischen werden Flugblätter verteilt, Transparente gespannt: „Gegen die Antisemitische Internationale“, „Antizionismus und Antisemitismus bekämpfen“ oder „Solidarität mit Israel“ lauten die Parolen.

Es war eine bunt zusammengewürfelte Schar von rund hundertfünfzig Demonstranten, die sich am vergangenen Samstag in der Kölner Innenstadt getroffen hatte. Nicht nur die Tatsache, daß sie aus verschiedenen Teilen Deutschlands gekommen waren, auch ihre politische Herkunft aus zumeist linken Gruppierungen und Bündnissen unterschied sie. Die *Ant faschistische Aktion Dortmund* war vertreten, die *Israel-Solidarität Bremen*, *Antideutsche Kommunisten Berlin*, der *Bund Jüdischer Jugendlicher Studenten Köln*, das *Deutsch-Israelische Jugendforum Rhein-Ruhr* oder die *Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus* an der Universität Potsdam. Sie alle, die sich auf dem Kölner Sudermannplatz eingefunden hatten, verband dieselbe Überzeugung: Solidarität mit Israel.

Fence out Terror!, lautete denn auch der Titel der Veranstaltung, also: den Terror „auszäunen“, womit auch sogleich das programmatische Ziel des von Israel errichteten Zauns gegen gewalttätige Übergriffe palästinensischer Selbstmordattentäter und Terrorgruppen deutlich wurde. Verständlich daher auch der Untertitel „Für die Selbstverteidigung Israels - Gegen die antizionistische Konferenz in Köln“. Die hatte sich in der *Alten Feuerwache* zusammengefunden, um gegen den vermeintlichen Mauerbau Israels verbal zu Felde zu ziehen (vgl. dazu auch S. 2).

Während sich diese internationale Konferenz unter dem Motto *Stop the Wall* in die „Kampagne gegen die Apartheidmauer in Palästina“ einreihete, machten draußen die verschiedenen Redner und Demonstranten sicht- und hörbar ebenso friedlich wie eindeutig klar, warum es diese Gegendemonstration gab, mehr noch, warum es eine Kundgebung gegen die Konferenz geben mußte. Dabei war es insbesondere Matthias Küntzel vorbehalten, vor einseitiger Wahrnehmung der Realitäten in Nahost zu warnen und zur Solidarität mit Israel aufzufordern. „Die Konferenz nebenan ist eine Manifestation der Dummheit und Ignoranz“, sagte der renommierte Politikwissenschaftler und Publizist. „Wer Israel seine Selbstverteidigung abspricht, stellt schon seine Existenz an sich in Frage.“ Unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer fragte Küntzel: „Warum wird nur bei Israel ein anderer Wertmaßstab angelegt als bei jedem anderen Land der Welt?“ Was vielfach als Antwort auf diese Frage folge, sei eine nur teilweise Wahrnehmung der Wirklichkeit sowie die bewußte Ausblendung von Wahrheiten.

Küntzel, unlängst durch das Buch *Jihad und Judenhafß* in Erscheinung getreten, zählte dazu den Terror der Hamas und der Selbstmordattentäter, deren Handeln eben nicht als Terror zur Kenntnis genommen wird. „Den Terroristen geht es aber eben nicht um einen palästinensischen Staat neben Israel, sondern um die Beseitigung Israels zugunsten eines islamischen Staats.“ Jede noch so kleine Pflanze eines möglichen israelisch-arabischen Dialogs werde daher im Keim durch gezielte Anschläge erstickt. Mit Blick auf die Konferenz meinte Küntzel: „Der Verzicht auf Wahrheit ist der Beginn der Komplizenschaft.“ So käme es, daß die vorübergehende Schutzmaßnahme in Form der Errichtung eines Zaunes gegen die Infiltration durch Terroristen als schier unumkehrbarer Mauerbau und Verstoß gegen die Menschlichkeit deklariert werde.

Bereits am Abend vor der Kundgebung hatte der Wissenschaftler in einem Hörsaal der Kölner Universität vor hundert Zuhörern referiert. Dabei wurden auch testamentarische Videobotschaften von palästinensischen Kämpfern gezeigt, die die Aussagen des Politikwissenschaftlers belegen. Manch kritischer Zuhörer wurde sehr nachdenklich, als er etwa hörte, daß bereits achtzig Prozent der sechs- bis achtjährigen palästinensischen Kinder ihre Bereitschaft zum Märtyrertod bekunden.

Die Erziehung zu Selbstmordanschlägen und Gewaltbereitschaft sowie das falsche Einordnen des palästinensischen Terrors führten laut Küntzel zu einer gefährlichen Gemengelage, wie sie dann bei Veranstaltungen wie der Konferenz in der *Alten Feuerwache* thematisiert werde. „Es kommt zu einem Schulterschuß zwischen antijüdischem Terror und einer progressiven Menschenrechts-Attitüde.“

Aussagen, die bei den Teilnehmern der Kundgebung auf dankbare Zustimmung stießen. „Erschreckend, daß sich hier Personen, die sich früher spinnefeind waren, auf einmal einig sind, weil es gegen Israel geht“, sagte der Bonner Demo-Teilnehmer Hannes Ebert. Die siebenundzwanzigjährige Esther Marian ergänzte: „Die Verteidigung Israels sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.“ Der in ihren Augen sehr fortschrittliche Staat mit seiner Aufgabe, den von Antisemitismus verfolgten Menschen Heimat zu geben, sei für sie eines der bedeutendsten Emanzipationsprojekte. „Israel ist nicht der größte Gefahrenherd in Nahost“, rief ein junger Mann aufgebracht. „Dies auch öffentlich auszudrücken, dafür stehen wir hier, und die bei ihrer Konferenz da drüben sollen ruhig merken, daß es auch eine andere Wahrheit gibt.“ Der Kölner Martin Schmiedeberg sah „ein Signal für die Solidarität mit Israel“.

Margitta Neuwald-Golling vernahm solche Bekundungen mit Dankbarkeit. Schließlich ermutigt die Europadelegierte der *Women's International Zionist Organization (WIZO)* in ihrer Arbeit seit vielen Jahren jüdische Organisationen und Gruppierungen zu öffentlichem Engagement, damit diese ihre Interessen und Ziele offen vertreten. „Denn darum muß es gehen: Politische Arbeit an der Basis zu leisten, die Öffentlichkeit zu interessieren und eine gemeinsame Basis für den Dialog zu schaffen.“ Dies dürfe nicht allein in geschlossenen Veranstaltungen oder besonderen Zirkeln geschehen, sondern unmittelbar an Ort und Stelle. „Wir sind stark genug, uns darzustellen.“

Für einen gerechten Frieden

betr.: "Attac bei Anti-Israel-Konferenz dabei", taz vom 5. 6. 04

Der antiisraelischen Konferenz "Stop the wall" ist es nicht gelungen, durch einseitige Stimmungsmache Kölner Bürger zu erreichen. Stop the wall – statt Stop the terror - war der erfolglose Versuch, Stimmung gegen Israel zu verbreiten. Der Grenzzaun als Schutz vor Terror, und auch als einmalige Chance und Voraussetzung für die Gründung eines palästinensischen Staates, wurde genutzt, um Israel eines Verbrechens zu bezichtigen und ein Rückkehrrecht der Palästinenser zu befürworten. Israel soll letztendlich die Verantwortung für Arafats Unfähigkeit und Nichtwillen übernehmen. [...] MONIKA SCHMITZ, Köln

Nun, die Konferenz gegen die Trennmauer ist wahrlich ein Indiz für die Einstellung gegen den Staat Israel. Gäste wie Reuven Moskovitz, Felicia Langer u. a. sind in der Tat, da beide Juden und aus Israel stammend, ein starker Hinweis auf eine antiisraelische Konferenz. [...] Erwähnenswerter ist vielmehr, dass eine Glaubensvertretung unter dem Vorsitzenden Paul Spiegel es nötig hat, sich mit Organisationen wie die Antideutsche Kommunistische Initiative, der Prozionistischen Linken aus Frankfurt am Main, der Antifa u. a. zusammenzurotten, um gegen die internationale Konferenz Stimmung zu machen.

Ich selbst war Teilnehmer und bin Unterstützer der internationalen Konferenz gegen die Trennmauer und für einen gerechten Frieden und kann mit bestem Gewissen behaupten, dass die Konferenz nichts mit antiisraelischem und antisemitischem Gedankengut zu tun hat. Wir wollen durch diese Konferenz auch verhindern, dass sich der Staat Israel durch seine völkerrechtswidrige Politik selbst weiter ins Abseits stellt. [...] ANDREAS FRIEDRICH, Düsseldorf

betr.: "Gewaltfreiheit endet schon vor der Halle", "Palästina in den Grenzen von 1917" (Lokalteil Köln), taz vom 7. 6. 04

Bedauerlicherweise informierten ihre beiden Reporter P. Beucker und D. Eckert (Lokalteil Köln) Ihre Leser nur aus recht eingeschränktem Blickwinkel über die "Konferenz für einen gerechten Frieden für Palästina und Israel". Dies beginnt bereits bei der Klage über "Gewalt vor der Halle". Ihrer Aufmerksamkeit war wohl entgangen, dass GegendemonstrantInnen ("antideutsche Kommunisten" und Verbündete) dazu aufriefen, "das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel" gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen der Konferenz "Stop the wall" zu verteidigen und vor Ort die Solidarität mit dem Land praktisch werden zu lassen. Dies führte zu besorgten Anfragen vieler Gäste, gerade auch aus Israel, ob nun mit physischen Angriffen oder Saalschlachtszenen zu rechnen sei. Deshalb setzten wir unser Hausrecht als VeranstalterInnen ein, um angesichts eines ohnehin überfüllten Saals mutmaßliche Provokationsinteressenten abzuweisen. Dies kann ja nur dann zu Handgreiflichkeiten geführt haben, wenn Personen unser Hausrecht nicht respektieren wollten! [...]

Zweites Beispiel der eingeschränkten Perspektive: Es wäre vermutlich von Interesse für ihre Leser gewesen, dass auch die deutsche Sektion der "European Jews for a Just Peace in Middle East" Mitveranstalter der Konferenz war und ihre Sprecherin dort vortrug. Dass Ihre Reporter sich mit der eigentlichen Thematik inhaltlich nicht intensiver befassen wollten, entnehme ich folgender Passage: "die von der israelischen Regierung als Sicherheitszaun gebaute Grenzanlage" (Eckert) trennt eben im Wesentlichen nicht Israelis von Palästinensern, sondern palästinensische Gebiete in abgeschlossene Enklaven, und wird zum Beispiel vom UN-Menschenrechtsbeauftragten Du-

gard als Instrument völkerrechtswidriger Annexion klassifiziert. [...] MATTHIAS JOCHHEIM, IPPNW, Frankfurt amMain

Die Verfasser verschweigen beispielsweise den ausgezeichneten Vortrag von Fanny Reisin als Vertreterin der "European Jews for a Just Peace" und die leidenschaftlichen Appelle Felicia Langers und Reuven Moskovitz, endlich Verantwortung aufgrund unserer Geschichte zu übernehmen und nicht mehr zu dem am palästinensischen Volk verübten Unrecht zu schweigen. Anscheinend können es die Verfasser nicht ertragen, dass es Juden gibt, die für einen gerechten Frieden eintreten, die sich gegen den Mauerbau auf palästinensischem Grund und Boden, gegen Landraub und Enteignung, gegen die alltägliche Besatzerwillkür einsetzen.

Warum sind Hardliner am Werk, wenn sie sich für die Einhaltung des Völkerrechts stark machen? Salman Abu-Sitta widerlegte sehr anschaulich und eindrucksvoll die Verschleierung derjenigen, die den Palästinensern ihr verbrieftes Rückkehrrecht absprechen wollen. [...] CLAUDIA KARAS, Frankfurt/Main

Wer die Konferenz gegen die Mauer in Palästina als eine Anti-Israel- Konferenz bezeichnet, zeigt, dass es ihm nicht um eine objektive Berichterstattung geht. Weder richtete sich die Konferenz gegen die Bürger Israels noch wurde in einem einzigen Beitrag das Existenzrecht Israels in Frage gestellt. Wohl jedoch forderte die Konferenz ein Ende der Besatzung und der illegalen israelischen Siedlungen in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 242 von 1967 (Rückzug hinter die Grenzen von vor 1967), sie forderte, den Bau des Sperrzauns unverzüglich zu stoppen, der weit in palästinensisches Gebiet hineinreicht und der durch die damit verbundene entschädigungslose Enteignung fruchtbaren Landes und zahlreicher Brunnen vielen Menschen Existenzgrundlage und Hoffnung nimmt. Es handelt sich also keineswegs um einen Zaun mit "rein defensivem und passivem Charakter" (Zitat Prof. Wolffsohn).

Dass die zitierte "Kölner Erklärung" fordert, "den verbrecherischen Angriffen von beiden Seiten den Nährboden (zu) entziehen", widerspricht wohl dem Bild von der Konferenz, das der Schreiber verbreiten will. Anliegen der Konferenz war es, den berechtigten Forderungen der Palästinenser ein Stück Öffentlichkeit zu geben, die sie zu meiner großen Enttäuschung auch von der taz nicht bekommen. Wer nicht glaubt, mit welcher Menschenverachtung das israelische Militär die Menschen in den besetzten Gebieten behandelt, dem empfehle ich den neuen Bericht von amnesty international "Israel and the Occupied Territories ..." (web.amnesty.org/library/index/ENGMDE150332004). [...] HANNE ADAMS, Gleichamberg-Bedheim

taz Nr. 7379 vom 10.6.2004, Seite 12, 108 LeserInnenbrief, 5 LeserInnenbriefe

Interview

Interview: Henning von Stoltzenber

Mauerbau verschärft Nahostkonflikt: Frieden durch Zwei-Staaten-Lösung?

jW sprach mit Moshe Zuckerman, Leiter des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv. Er referierte am vergangenen Wochenende in Köln auf der »Konferenz für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina« über den aktuellen Stand des israelischen Mauerbaus in Palästina und dessen Auswirkungen

F: Welche Möglichkeiten der Intervention hat die Solidaritätsbewegung außerhalb Palästinas?

Die Realität wird sich nicht durch Engagement von Institutionen außerhalb des eigentlichen politischen Machtbereichs ändern lassen. Natürlich kann man Öffentlichkeit herstellen und sich bei Konferenzen und ähnlichen Gelegenheiten solidarisch erklären. Eine echte Veränderung der Lage hängt jedoch von anderen Faktoren ab. Es stellt sich die Frage, ob die USA und Israel auch nach der anstehenden US-Präsidentschaftswahl einer Meinung über den Bau der Mauer sein werden.

F: Am Rande der »Konferenz für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina« fand eine Gegenkundgebung »für das Selbstverteidigungsrecht Israels« statt. Auch Sie persönlich wurden für Ihre Teilnahme an der Konferenz kritisiert.

Es ist zu fragen, ob diese Leute wissen, wovon sie reden. Wenn der Staat Israel zur Plattform der Solidarität oder der Identifikation wird, muß geklärt sein, um welches Israel es sich handelt. Um das von Sharon? Das Israel der rechtsradikalen Siedler? Das Israel der orthodoxen Juden, die damit eigentlich gar nichts zu tun haben? Das Israel der 150 000, die sich auf dem Rabin-Platz versammelt hatten, um gegen die Okkupation zu demonstrieren? Wer Israel oder die Juden abstrahiert, gehorcht einem Ressentiment, das aus einer ganz anderen Ecke stammt.

F: Woran denken Sie dabei?

Es ist die Frage, ob es sich bei dieser blinden philosemitischen Pro-Israel-Position nicht um einen antisemitischen Reflex handelt. Niemand in Israel denkt heute noch, die Mauer hätte etwas mit Selbstverteidigung zu tun. Die Mauer hat etwas mit Segregation zu tun, vielleicht etwas mit Grenzfindungen. Aber niemand macht sich vor, daß Terror durch die Mauer abgehalten werden kann. Das Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel zu verteidigen, das sozusagen von der »Weltmacht« Palästina angegriffen wird, ist lächerlich.

F: Was ist für Sie die Perspektive für einen gerechten Frieden?

Ohne vollständigen Abzug aus den besetzten Gebieten wird es keinen Frieden geben. Gleiches gilt für die israelischen Siedlungen, wobei ich betonen möchte, daß diese nicht zerstört werden, sondern für die Infrastruktur eines neugegründeten palästinensischen Staates nutzbar gemacht werden sollen – wofür natürlich Abfindungen gezahlt werden müßten. Die Jerusalem-Frage muß im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung geregelt werden, und Jerusalem sollte die Hauptstadt beider Staaten sein. Palästina muß in einer ersten Phase ein eigenständiger, souveräner Staat neben Israel werden. Danach kann man dann zu einer föderativen Struktur gelangen, die Israel und Palästina zusammenführt.

Risse in der Mauer: Zur internationalen „Stop the Wall“-Konferenz in Köln

von Dennis Ott

Die jahrzehntelange Terrorherrschaft der israelischen Armee in den besetzten Gebieten hat in der „Sicherheitsmauer“ ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden: Die Mauer läuft nicht nur unrechtmäßigerweise durch palästinensisches Gebiet, sie schränkt das Leben der Palästinenser auch stark ein – teilweise mit fatalen Folgen. In Köln trafen sich am 5. Juni 2004 Vertreter beider Konfliktparteien auf der „Internationalen Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“.

In der „Kölner Erklärung“ fordern die Veranstalter, darunter die Attac-AG Globalisierung und Krieg, Gush Shalom und ISM Deutschland [1], den raschen und endgültigen „Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems“, da diese Maßnahmen „zu einem Ende der Gewalt führen und den verbrecherischen Angriffen auf unschuldige Zivilisten beider Seiten den Nährboden entziehen“ werden. Die „Stop the Wall“-Konferenz in der „Alten Feuerwache“ war allein deswegen ein Erfolg, weil hier Klartext gesprochen wurde: Selbstmordattentate palästinensischer Fanatiker wurden ebenso als Terrorismus verurteilt wie Aktionen der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung. Angesichts der Schreckensbilder von Rafah und der Weigerung der westlichen Medien, den israelischen Staatsterror beim Namen zu nennen, war es bitter nötig, dass eine internationale Veranstaltung Zeichen setzte und den Konflikt rational und ausgewogen debattiert.

Getan wurde dies auf insgesamt vier „Panels“, jedes mit einer anderen Besetzung des Podiums. Von der palästinensischen Seite brachte zunächst Hasan S. Ayoub, Direktor des Nationalen Büros für den Schutz des Landes und den Widerstand gegen Siedlungen, seine Einwände gegen die von Israel gebaute „Schutzmauer“ zum Ausdruck. Seiner Ansicht nach wird mit der „Apartheidmauer“ der Allon-Plan von 1967 in die Tat umgesetzt, der eine Zerteilung Palästinas in unselbständige Kantone vorsah, wie sie jetzt durch den illegalen Verlauf des Walls forciert wird. [2] Moshe Zuckermann von der Universität Tel-Aviv erläuterte die Mentalität hinter dem Mauerbau: „Viele Israelis glauben, die Leute hinter der Mauer seien nicht mehr existent.“ Er erinnerte daran, dass Palästina keineswegs ein Land ohne Volk war; die entscheidende Frage zur Lösung des Konflikts lautet für ihn: „Ist der Zionismus bzw. Israel zu Interaktion mit diesem Volk oder nur zu Segregation fähig?“ Dr. Victoria Waltz von der Uni Dortmund bemängelte vor allem die katastrophalen Auswirkungen der Mauer auf das palästinensische Gesundheitssystem: Krankenwagen können oftmals die Durchgänge nicht passieren, behandlungsbedürftige Menschen können das Krankenhaus nicht erreichen.

Den leidenschaftlichen Vortrag der Konferenz hielt im zweiten Panel Dr. Salman H. Abu-Sitta, Koordinator für das Rückkehrrecht des palästinensischen Volkes. Dieses Recht hält er für unabdingbar, um den Konflikt friedlich beilegen zu können: Alle Flüchtlinge müssten zurückkehren dürfen, forderte er; andere Standpunkte seien moralisch nicht zu rechtfertigen. Als redete er vor dem Weltsicherheitsrat, ließ Abu-Sitta Karten und Animationen an die Wand projizieren, die verdeutlichten, dass eine Rückkehr problemlos möglich und das von israelischer Seite vorgebrachte „Platzproblem“ nur ein Vorwand sei; ebenso wies er Bedenken über die demografische Entwicklung des Judenstaates als rassistisch zurück. Auch die Mauer diene der ethnischen Säuberung Israels und füge sich nahtlos in die von den israelischen Regierungen gepflegte „Kultur der Zerstörung“ ein. Zu Recht kritisierte er insbesondere Sharon, der den Palästinensern 8% ihres ursprünglichen Landes als „Staat“ überlassen will – zusammen mit nur 5% der Wasserreserven der Region.

Nicht minder energiegeladen, regelrecht wütend brachte Prof. Amnon Raz-Krakotzkin von der Ben-Gurion-Universität seinen Unmut über die israelische Politik zum Ausdruck. Er forderte ein sofortiges Ende der Okkupation und ein Ende des Konflikts. Die einzige Möglichkeit, dies zu erreichen, sieht er in einer binationalen Lösung für das Zusammenleben der beiden Völker. Noah Salameh vom Zentrum für Konfliktlösung und Versöhnung in Bethlehem bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass sich die Einstellung vieler Israelis gegenüber den Palästinensern ändern müsse. Sehr entschlossen zeigte sich auch Greta Duisenberg, Vorsitzende der niederländischen Initiative „Stop de Bezetting“: Sie appellierte an die europäischen Regierungen, massiven Druck auf die Besatzungsmacht Israel auszuüben und notfalls Sanktionen zu verhängen.

Am prominentesten besetzt war das dritte Panel, das dem heiklen Thema „Verantwortung Deutschlands und Europas im israelisch-palästinensischen Konflikt“ verschrieben war. Felicia Langer, die erste Rednerin, findet das Thema jedoch überhaupt nicht heikel: Ihrer Meinung nach stehen gerade die Deutschen in der historischen Pflicht, für Menschenrechte einzutreten und sollten sich daher viel entschlossener gegen die Unterdrückung der Palästinenser aussprechen. Sichtlich erregt berichtete sie davon, wie sie als Überlebende des Holocausts nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrem Mann nach Israel gekommen war und tief bestürzt über die unmenschliche Behandlung der Palästinenser gewesen sei. In der Diskussion mit dem Publikum verwies sie darauf, dass auch Deutschland Waffen in nicht unbeträchtlichem Umfang an Israel liefert. Wie Greta Duisenberg forderte Langer Sanktionen: Wenn sich die israelische Politik nicht ändere, solle man z.B. keine aus Israel importierten Waren mehr kaufen. Auch kritisierte sie den deutschen Außenminister Joschka Fischer massiv für sein Schweigen zum Staatsterror Israels. Mehr Druck der europäischen und speziell der deutschen Regierung forderte auch Fanny-Michaela Reisin von der Organisation Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost.

Schließlich ergriff Bundesaußenminister a.D. Dr. Nobert Blüm das Wort. „Rafah ist ein Verbrechen, und Verbrechen muss man auch Verbrechen nennen“, empörte er sich. Das war für einen deutschen Politiker seines Ranges zwar durchaus ungewohnt wahrheitsgetreu gesprochen, doch leider blieb es bei solcherlei halbgarem Populismus. Etwas Neues hatte Blüm nicht zu sagen; tunlichst vermied er das T-Wort im Zusammenhang mit Israels Politik und verlor sich in künstlich emotionalisierter Phrasendrescherei: „Wir müssen’s doch hinkriegen, dass wir alle friedlich zusammenleben!“ Produktiv war Blüms Teilnahme am Panel nicht, und als er vom Publikum auf die unter der Kohl-Regierung abgewickelten Waffenlieferungen an Israel angesprochen wurde, konnte er nur noch ausweichend antworten. Nichtsdestotrotz zeigte sich der Autor Reuven Moskovitz, der wie viele Teilnehmer eigens für die Konferenz aus Israel angereist war, am Ende des Panels begeistert und wertete die Veranstaltung als Erfolg.

Und das war sie in der Tat. Auf der Konferenz wurden die Fakten angesprochen, die in den Medien keinen Platz finden; alle Redner hatten persönliche Erfahrungen mit der israelischen Besatzungspolitik oder dem zumindest dem „Schutzwall“ gemacht und konnten dem sich rege an der Diskussion beteiligenden Publikum detailliert Auskunft über die Lage auf beiden Seiten der Mauer geben. Antisemitismus indes hatte auf der „Stop the Wall“-Konferenz keinen Platz; die Debatte wurde durchweg rational und ohne Feindseligkeit geführt. Einer solchen Veranstaltung, die dokumentierte Verbrechen einer Besatzungsmacht gegen eine weitgehend schutzlose Bevölkerung anprangert, eine antisemitische Intention zu unterstellen ist nicht nur aufgrund der großen Anzahl jüdischer Teilnehmer absurd. Dementsprechend forderte nicht nur Felicia Langer, sich nicht von der „Antisemitismus-Keule“ abschrecken zu lassen.

Ausgepackt wurde diese aber natürlich doch, und zwar von mehreren linken Gruppen, die unter dem Slogan „Fence Out Terror! Für die Selbstverteidigung Israels – Gegen die antizionistische Konferenz in Köln!“ bedingungslose Solidarität mit Israel forderten. Kritik an der Besatzungsmacht Israel ist nicht erwünscht: Auf ihrer Website versuchen die Kritiker der Konferenz, die teilnehmenden Redner mittels ausgewählter Zitate als Antisemiten zu entlarven – eine nicht nur unsachliche (und schlicht nicht überzeugende) Taktik der Denunziation, sondern v.a. eine sehr gewagte, wenn man auf der eigenen Seite Persönlichkeiten wie Michael Wolffsohn als Unterstützer präsentiert. [3] Dieser und andere behaupten in einem „Brief des Freundeskreises Israel“ (zu lesen auf der Website) u.a.: „Wesen des Grenzwalls ist es [...], die Voraussetzungen eines eigenständigen palästinensischen Staates zu schaffen.“

Auch die diversen Antifa-Gruppen, die sich unter dem kämpferischen Motto „Lang lebe Israel!“ dem „Fence Out Terror!“-Bündnis angeschlossen haben, zeigen sich erstaunlich rassistisch. So heißt es in ihrem Infoblatt: „Der Anti-Terror-Zaun ist nicht schön, und sicherlich wird es durch ihn immer wieder Härten für die palästinensische Bevölkerung geben. Aber er ist notwendig, solange der antisemitische Terror gegen israelische Bürger von palästinensischer Seite nicht aufhört. Das Recht auf Leben steht über dem auf uneingeschränkte Freizügigkeit.“ [4] Die rassistischen Implikationen sind evident: Die Palästinenser haben „Härten“ hinzunehmen, die z.B. dazu führen, dass Kranke und Schwerverletzte nicht versorgt werden können, weil das „Recht [der Israelis] auf Leben“ Vorrang hat. Es ist also nach Meinung des Bündnisses und der daran beteiligten selbsternannten „Antifaschisten“ völlig legitim, wenn die palästinensische Bevölkerung leidet, „solange der antisemitische Terror gegen israelische Bürger von palästinensischer Seite nicht aufhört“. Derartig unverblümete Befürwortung von Menschenrechtsverletzungen seitens linker Gruppen gibt Anlass zur Sorge, denn blinder Dogmatismus hat hier offenbar jegliche rationale Auseinandersetzung mit der Materie unmöglich gemacht. Die auf der Website vorgebrachten „Fakten über den Anti-Terror-Zaun“ sind keinen Kommentar wert und zeugen von der rassistischen Gesinnung jener Befürworter des israelischen Staatsterrors, für die „ein Rückkehrrecht der palästinensischen Bevölkerung nicht in Betracht kommt“ (Brief des Freundeskreises Israel).

Angesichts solcher Töne gegen eine Veranstaltung, die eine „entschiedene Unterstützung der Kräfte in Israel und Palästina, die für ein gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben beider Völker eintreten und kämpfen“ befürwortet und einen „Beitrag gegen Hass, Verzweiflung und Gewalt im Nahen Osten leisten“ will (Kölner Erklärung), lässt sich die korrektive Wirkung von Aktionen wie der „Stop the Wall“-Konferenz kaum überschätzen, wenn es darum geht, die Asymmetrie des Konflikts ins Bewusstsein zu rufen und verlogene Politiker-Rhetorik und Doppelmoral zu entlarven. Denn den im Titel der Konferenz geforderten „gerechten Frieden in Palästina und Israel“ wird es erst geben, wenn keine Fakten mehr ausgeblendet und Tatsachen verdreht werden, um der jeweils anderen Seite ihre Menschlichkeit abzusprechen, während man sich zu „bedingungsloser Solidarität“ mit der anderen bekennt.

[1] Eine vollständige Auflistung der Veranstalter und Unterstützer findet sich unter <http://www.freepalestine.de/040605konferenz/veranstalter.htm>.

[2] Quellen zur Problematik der Mauer:

Datentafel der palästinensischen NGO StoptheWall.org:

http://www.freepalestine.de/docu/040400_mauerdatentafel.pdf.

Noam Chomsky, „A Wall as a Weapon“, New York Times, 23.2.2004. Online:

<http://www.chomsky.info/articles/20040223.htm> (deutsch:

<http://www.zmag.de/artikel.php?id=1016>).

Karten mit dem geplanten Verlauf der Mauer unter: <http://stopthewall.org/news/maps.shtml>.

[3] Siehe <http://www.fenceoutterror.tk/>. Presseerklärung unter

http://infoladen.de/koeln/casablanca/fenceoutterror/Presstext_Bildschirmansicht.pdf.

[4] Siehe <http://infoladen.de/koeln/casablanca/fenceoutterror/InfoblattPressegesprach.pdf>.

Die Existenz des Staates Israel mit aller Kraft verteidigen!

Bereits im Vorfeld sah sich die „internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“, die am 5. Juni im Bürgerzentrum Alte Feuerwache stattfand, vielfältiger Kritik ausgesetzt. So wies Alfred Schobert vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung darauf hin, dass man unter den Veranstaltern und Unterstützern der Konferenz „lebende Fossile des dumpfen Antimperialismus und Antizionismus in relevanter Zahl“ entdeckte; verschiedene Organisationen hatten zu einer Gegendemo aufgerufen; und auch in den Lokalberichten fand sich bereits ein kritischer Beitrag.

Zu den Veranstaltern der Konferenz gehörten u.a. IPPNW, Attac AG Globalisierung und Krieg, Kampagne gegen die Apartheitsmauer in Palästina, Komitee für Grundrechte und Demokratie und diverse palästinensische und deutsch-palästinensische Gruppen. In verschiedenen Diskussionsrunden wurde thematisch zwar ein weiter Bogen geschlagen, trotzdem blieb die Konferenz auffallend einseitig. Dies schlug sich vor allem in der Auswahl der ReferentInnen nieder, bei denen ein ausgeprägtes Übergewicht an entschiedenen Gegnern der israelischen Politik und glühenden Eiferern für die palästinensische Sache bestand.

Dass zahlreiche RepräsentantInnen diverser palästinensischer Organisationen in ihren Vorträgen ein grelles Bild der israelischen Besatzung, der Einschränkungen durch den Sicherheitszaun und der vielfältigen Benachteiligungen der PalästinenserInnen zeichneten, war nicht verwunderlich. Allzu bekannt sind auch die Auftritte von Jüdinnen/Juden, die dazu auffordern, sich für die Sache der PalästinenserInnen zu engagieren. An diesem Tag hatten diese Aufgabe u.a. die Autorin Felicia Langer und Fanny-Michaela Reisin, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost, übernommen. Sie haben bei solchen Konferenzen eine doppelte Aufgabe: Sie sind glaubhafte Anklägerinnen der israelischen Politik und springen ihren deutschen AnhängerInnen bei einer spezifischen „Last“ helfend zur Seite: der deutschen Geschichte. So beklagte Langer die „Antisemitismuskeule“, die die deutschen AktivistInnen der Bewegung lähme, und behauptete, die Antisemitismusdebatte diene der „Einschüchterung“ dieser AktivistInnen. Aus ihrer Sicht besteht die Pflicht der Deutschen darin, sich überall einzumischen, denn: „Wer schweigt, macht sich mitschuldig!“

Hier sind wir am kritischen Punkt der Konferenz. Diejenigen, die sich in Deutschland für die Sache des „palästinensischen Volkes“ stark machen, sind von ihrer eigenen Lauterkeit offenbar so überzeugt, dass sie für kritische Anfragen und Hinweise auf die Gefahr, dem Antisemitismus Vorschub zu leisten, nicht das geringste Verständnis aufbringen. Dabei gibt es Anlass genug zur Nachdenklichkeit über das eigene Tun. Drei Beispiele:

* Die Journalistin Sophia Deeg beklagte eine „Instrumentalisierung der Erinnerung“ und sah die israelische Regierung gegenüber der palästinensischen Seite im Vorteil, weil es ein „Ungleichgewicht der Erinnerungen“ gebe. Als einer der Saalordner sich zu Wort meldete und die israelische Politik mit Auschwitz verglich schwieg das Podium dazu.

* Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie sah sich zu der Klarstellung genötigt, er lehne eine Zusammenarbeit mit Antisemiten ab. Diese Aussage wurde jedoch sogleich um die Feststellung ergänzt, man lehne ebenso die Zusammenarbeit mit „antipalästinensischen Kräften“ ab. Die Überflüssigkeit dieser Ergänzung illustriert, wie verständnislos Buro und andere mit dem Antisemitismus umgehen. Der Antisemitismus hat seinen grauenhaften Höhepunkt im Holocaust gefunden, und bis heute müssen sich Jüdinnen und Juden überall in der Welt Beschimpfungen anhören oder werden sogar tötlich angegriffen. Mir ist nicht bekannt, dass sich die PalästinenserInnen in einer ähnliche Lage befinden. Warum also meint Buro diese Doppelung vornehmen zu müssen?

* Breite Unterstützung genießt die Forderung nach der Aussetzung des Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel wegen der fehlenden Kennzeichnung der Waren aus den israelischen

Siedlungen in den besetzten Gebieten. Es ist nicht Bedenkenlosigkeit, die hinter dieser Forderung steht, denn dafür ist die Kritik an einer Kampagne, deren Motto sich mit dem unsäglich „Kauft nicht bei Juden!“ zusammenfassen ließe, schon zu oft vorgetragen worden. Ich muss denjenigen, die solche Vorschläge immer wieder unterbreiten, zumindest unterstellen, dass ihnen der antisemitische Beigeschmack ihres Treibens völlig egal ist.

Zudem litt die Konferenz an einem eklatanten Ungleichgewicht: Dem Leiden der PalästinenserInnen galt die volle Aufmerksamkeit, für das Leiden der Jüdinnen/Juden blieb da (fast) kein Platz. Daher sind m.E. die TeilnehmerInnen der Konferenz zu fragen: Warum bekräftigen so wenige RednerInnen das Existenzrecht Israels? Warum benennt z.B. der Deutsch-Palästinensische Frauenverein aus Bonn in seinem Flugblatt das Ende der (Selbstmord-)Attentate gegen Zivilisten in Israel nicht als eine seiner Forderungen? Und warum murren so viele im Saal als eine Rednerin aus dem Publikum für ein Ende eben dieser Selbstmordattentate plädiert?

Mein Fazit: Tatsächlich sollten aus „Auschwitz“ Konsequenzen gezogen werden, jedoch andere als sie auf dieser Konferenz gezogen worden sind.

Der Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte ist eine notwendige Konsequenz aus Auschwitz – das wurde auf der Konferenz wiederholt betont. Ich ziehe aus der deutschen Geschichte jedoch noch eine zweite Konsequenz: Die Existenz des Staates Israel als Zuflucht der Jüdinnen und Juden verdient es, mit aller Kraft verteidigt zu werden!

Im Falle des Konfliktes zwischen Israel und den PalästinenserInnen können diese beiden Konsequenzen nun miteinander in Konflikt geraten. Ohne Zweifel gibt es vieles, was an der Politik der israelischen Regierung(en) kritisierenswert war und ist. Warum aber wählen sich gerade deutsche Linke eine Kampagne gegen die Politik der israelischen Regierung als Schwerpunkt ihres eigenen politischen Engagements? Dabei bieten sich für den Kampf für Menschenrechte eine Vielzahl geeigneterer Gelegenheiten: Von Mittelamerika über Afrika bis nach Asien besteht leider kann Mangel an Folter, Unterdrückung und Elend. Auch für denjenigen, dessen Herz an Israel/Palästina hängt, bieten sich Möglichkeiten eines sinnvollen Engagements:

* Das Komitee für Grundrechte und Demokratie organisiert bereits seit Jahren unter dem Motto „Ferien vom Krieg“ Begegnungen zwischen israelischen und palästinensischen Jugendlichen.

* medico international ruft zu „Zeichen paradoxer Hoffnung“ auf und fördert Projekte, die sich in ihrer alltäglichen Arbeit der zunehmenden Verfeindung zwischen Israelis und PalästinenserInnen entgegensetzen.

Wer solche Projekte unterstützt und von der Kampagne „Stop the Wall in Palestine“ die Finger lässt, läuft nicht Gefahr, falsche Freunde an seine Seite zu locken, und setzt sich auch nicht dem Verdacht aus, unter dem Deckmantel des Antizionismus doch nur wieder den alten Antisemitismus zu verbergen. Leider war diese Einsicht unter den TeilnehmerInnen der Konferenz nicht verbreitet.

Hans Günter Bell

150 Menschen demonstrieren für Israel

Gegenkundgebung anlässlich einer antizionistischen Konferenz in Köln

Von Philipp Lenhard

"Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt." Diese Worte schrieb Jean Améry im Jahre 1969, also kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg, während dessen die linken Israel-Schwärmereien der Nachkriegsjahre in einen rabiaten Antizionismus umschlugen. Es dürfte bekannt sein, dass Améry beim größten Teil der Linken mit seinen Forderungen auf taube Ohren stieß. Der Antizionismus gehörte in den siebziger und achtziger Jahren zum Links-Sein dazu, wie die Uniform zum Polizisten: Selten sieht man welche ohne. Angesichts des zweiten Golfkrieges 1991, als Saddam Hussein Scud-Raketen auf Tel Aviv schoss, brach dagegen eine heftige Debatte innerhalb der deutschen Linken aus, die sich in der altehrwürdigen Monatszeitschrift *Konkret* konzentrierte, welche erstmals dezidiert pro-israelisch Stellung bezog und eine harsche Kritik an der antiamerikanischen und israelfeindlichen Friedensbewegung formulierte. Es kristallisierten sich Fraktionen heraus, zu denen auch die sogenannten "Antideutschen" gehörten, welche im grassierenden Antizionismus eine versteckte Form des Antisemitismus erblickten und somit - wenn auch reichlich verspätet - doch noch Jean Amérys Kritik ernst nahmen.

Heute sind die wenigsten Linken unverfroren genug, ihren Antizionismus offen zu äußern, obgleich er wie eh und je manifest vorhanden ist. Sie bedienen sich, aus Angst davor, als Antisemiten geoutet zu werden, eines Tricks: Äußerst bedacht formulieren sie eine scheinbare Israel-Kritik, die sich als ehrbar ausgibt, obwohl an ihr nach wie vor der tiefsitzende Israel-Hass durchscheint. So fordert heute - bis auf einige Hartgesottene - kein Linker mehr die Zerstörung des jüdischen Staates, sondern man verklärt den palästinensischen Antisemitismus als "Gegengewalt" oder "gerechtfertigten Widerstand". Nicht mehr direkt artikuliert sich der Antisemitismus, sondern vermittelt als Parteinahme für die Palästinenser.

Ein besonderes Beispiel dieses "ehrbaren Antisemitismus" konnte am 5. Juni in Köln bestaunt werden: Dort organisierten Dutzende linke und palästinensische Gruppen eine Konferenz gegen Israels Recht auf Selbstverteidigung unter dem Titel "Stop the wall! Für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina!". Als Redner traten auf dieser Konferenz nicht nur Linksradikale auf, die Geld für die Massenmörder vom "irakischen Widerstand" sammeln, sondern auch prominente Antizionisten wie der ehemalige deutsche Arbeitsminister Norbert Blüm ("Ich kann in den Aktionen der israelischen Militärs keinen Abwehrkampf gegen den Terrorismus sehen - sondern nur Vernichtung"), der Europaabgeordnete André Brie, oder auch in Deutschland sehr gefragte Israelis wie Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für deutsche Geschichte der Tel-Aviv Universität ("Es sind nicht mehr die Juden, die sich gegen eine Bedrohung wehren müssen, sondern Juden bedrohen andere"), oder Felicia Langer. Inhaltlich einigte die verschiedenen Redner, bei allen sonstigen politischen Differenzen, dass sie Israel das Recht absprechen wollen, sich gegen den Terrorismus bewaffnet zur Wehr zu setzen.

Ein Bündnis aus größtenteils antideutschen Gruppen (Bonner Bündnis/Berliner Verhältnisse, Georg-Weerth-Gesellschaft Köln, Gruppe Casablanca) und jüdischen Organisationen (Women's International Zionist Organisation, Bund jüdischer Jugendlicher und Studenten Köln, Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France) organisierte angesichts dieses selbst in Deutschland ungewöhnlich großen antizionistischen Aufgebots eine Gegenveranstaltung. Am Vorabend lud das israel-solidarische Bündnis "Fence Out Terror!" zu einer Informationsveranstaltung in der Kölner Universität ein, auf der Margitta Neuwald-Golling (WIZO) und Matthias Küntzel (Politikwissenschaftler und Publizist) den Mythos vom gerechten palästinensischen Widerstand einer ausführlichen Kritik unterzogen und die antisemitische Dimension des Nahostkonflikts stärker fokussierten. Etwa 100 Interessierte fanden sich ein und diskutierten mit den Referenten.

Am darauffolgenden Tag, an dem auch die antizionistische Konferenz stattfand, organisierte das Bündnis "Fence Out Terror!" 50 Meter vom Veranstaltungsort entfernt, dem linken Bürgerzentrum *Alte Feuerwache*, eine Gegenkundgebung, zu der 150 Menschen erschienen. Eine zwar kleine Zahl, doch durchaus eine Zahl, die die deutsche Realität widerspiegelt, in der Israel von einem Großteil der Bevölkerung als Weltfeind Nummer Eins halluziniert wird. Die Redebeiträge behandelten verschiedene Aspekte des Nahostkonflikts sowie des Antizionismus, wobei kein Blatt vor den Mund genommen wurde, und auch und gerade die Linke dafür kritisiert wurde, den Antisemitismus hoffähig zu machen. Und während Israel-Fahnen als Zeichen der Solidarisierung im Wind wehten und Transparente gegen den Antisemitismus präsentiert wurden, konnten sich Interessierte an einem Informationsstand mit Materialien zum Nahostkonflikt und zum Anti-Terror-Zaun versorgen.

Die Teilnehmer der antizionistischen Konferenz jedenfalls, ein paar hundert Personen, waren so eingeschüchtert, dass sie sich aus dem Bürgerzentrum zu keinem Zeitpunkt heraus wagten und ihre Tagung somit in exklusivem Kreise abhalten mussten. Wie vom Wahn gepackt, gelang es jedoch noch dem Saalschutz der Konferenz, mehrere Journalisten trotz ordentlicher Akkreditierung mit Gewalt aus der *Alten Feuerwache* zu schmeißen. Begründung: Die Redakteure der *Tageszeitung* und der Studentenzeitschrift *Philtrat* seien "verkleidete Antideutsche". Diese Aktion brachte den Antizionisten immerhin eine schlechte Presse ein. Trotzdem - so bleibt zu vermuten - wird diese pro-israelische Kundgebung ihr Treiben wohl nicht aufhalten, obgleich ihnen an diesem Tag ein kleiner Dämpfer versetzt wurde.

Weitere Informationen sind im Internet erhältlich: [<http://www.fenceoutterror.tk/>](http://www.fenceoutterror.tk/)

Konferieren über Alternativen zum Mauerbau

Bericht von der "Internationalen Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel"

Ein 730 Kilometer langes Monument, das sich durch die von Israel besetzte Westbank schlängelt und die Annexion von fast 50 Prozent palästinensischen Gebiets besiegelt, stand Anfang des Monats im Mittelpunkt der eintägigen Friedenskonferenz "Stop the wall" in Köln.

Zum 37. Jahrestag des Beginns des "Sechs-Tage-Krieges" kamen namhafte Protagonisten der israelischen Linken, palästinensischer Organisationen sowie Vertreter von internationalen Friedensinitiativen, Menschenrechts- und Solidaritätsgruppen wie *Gush Shalom Deutschland* und *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges* (IPPNW) an den Rhein. In der mit fast 400 Besuchern bis auf den letzten Platz gefüllten Alten Feuerwache wurde die materialisierte Trennung von Israelis und Palästinensern, die von staatsoffizieller israelischer Seite als Sicherheitszaun deklariert wird, aus verschiedenen Perspektiven kritisch beleuchtet.

Dass sich die Anzahl jüdischer Siedler auf der Westbank während des Oslo-Friedensprozesses nahezu verdoppelt hat, ist ein *factum brutum*, das bei den Palästinensern tiefe Wunden hinterlassen hat. Zu einem Zeitpunkt, in dem alle Friedensbemühungen als gescheitert betrachtet werden müssen, waren dann auch die Beiträge der palästinensischen Referenten durch Gefühle der Ohnmacht und Verbitterung aufgeladen. So hob beispielsweise Salman Abu-Sitta, Koordinator des *Komitees für das Rückkehrrecht des palästinensischen Volkes*, hervor, dass das zionistische Projekt von vornherein auf Landnahme und "ethnische Säuberung" gezielt habe. Als er eine Landkarte von 1917 präsentierte und mit der Begründung, die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung lebe in urbanen Zentren - etwa 91 Prozent -, eine Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Dörfer als realisierbar darstellte, kamen kurzzeitig Zweifel auf, dass die 1988 auf Initiative Arafats vollzogene Anerkennung Israels durch die Palästinenser und der damit verbundene Verzicht auf 78 Prozent der Fläche, die sie als ihre Heimat betrachten, im palästinensischen Lager noch konsensfähig ist. Aber auch wenn der frenetische Beifall, der Abu-Sittas Rede begleitete, einen faden Beigeschmack hinterließ: Sowohl das Existenzrecht Israels als auch seine Grenzen von 1967 wurden weder in den Vorträgen noch in der Abschlusserklärung der Veranstalter angetastet.

Mit viel Applaus honorierte das Publikum den Vortrag von Moshe Zuckermann, dem Leiter des *Instituts für Deutsche Geschichte* in Tel-Aviv. Der jüdische Marxist bot eine kritische und scharfzüngige (Psycho-)Analyse des gewaltdurchwirkten Verhältnisses von Israelis und Palästinensern. Er bezeichnete die Mauer zwischen den beiden Kollektiven, die wie "siamesische Zwillinge" miteinander verbunden seien, als "Verdinglichung der Pathologie Israels" und kritisierte die Politik der Sharon-Regierung als "Staatsterrorismus". Zudem wies er darauf hin, dass für die Finanzierung des rund 3,5 Milliarden Euro teuren Bollwerks das Gesundheits- und Erziehungswesen Israels zugrunde gerichtet werden würde. Den Terror arabischer Extremisten könne man nicht durch Repressionsmaßnahmen, sondern nur durch Beseitigung seiner Ursachen - die "systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung" und die Okkupation - erfolgreich bekämpfen.

Verschiedene Perspektiven auf die Mauer

Weniger kölsche als bayerische Aschermittwochs-Stimmung kam auf, als Norbert Blüm die militärischen Operationen Israels, die wie jüngst in Rafah viele Opfer unter palästinensischen Zivilisten fordern, anprangerte. Sichtlich um Ausgewogenheit bemüht, versäumte der Ex-Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung jedoch nicht, auch die Selbstmordattentate der Gegenseite zu verurteilen und die Konfliktparteien zur Besonnenheit zu mahnen: "Ohne Kompromiss geht es nicht." Allerdings verabschiedete sich Blüm kurzzeitig von seiner performativen Referee-Position, als er Auschwitz ("gerade deshalb!") bemühte, um der deutschen Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte als kategorischen Imperativ für Israel zu manifestieren.

Der letzte Teil der Veranstaltung war der Vorstellung von internationalen Kampagnen gegen den Mauerbau gewidmet. Miri Weingarten von der israelischen Vereinigung *Ärzte für Menschenrechte* (PHR) berichtete von anarchistischen und les-bi-schwul-transgender Gruppen wie *Kviva Sh'chora* (Schwarze Wäsche), die unter dem Slogan "No pride in the occupation" direkte Aktionen durchführen. Heidi Niggemann vom *International Solidarity Movement* (ISM) forderte nicht nur die deutschen Besucher auf, als Friedensaktivisten nach Palästina zu kommen, sondern postulierte auch die "Bringschuld" eines stärkeren zivilgesellschaftlichen Engagements der Europäer: "Die Forderung an die Palästinenser nach Gewaltverzicht ist billig und hohl, solange sie für einen gewaltfreien Widerstand keine solide Unterstützung von uns bekommen."

Wenige hundert Meter entfernt hielt ein antideutsches Bündnis eine Kundgebung gegen die "antizionistische Konferenz" ab, die - angesichts dessen, dass die Kölner Initiatoren seit Monaten mobilisiert und rund 30 Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet ihren Aufruf unterstützt hatten - mit nicht einmal 100 Teilnehmern unerwartet schwach frequentiert war. Auch die als Gastrednerin angekündigte Beate Klarsfeld war nicht erschienen. Am Vorabend hatte der Politikwissenschaftler Matthias Kuntzel auf einer Informationsveranstaltung einen Vortrag gehalten, indem es von kruden historischen Vergleichen nur so wimmelte. So warnte er beispielsweise davor, das genozidale Wesen des palästinensischen Widerstands und seines "islamfaschistischen Antisemitismus" zu unterschätzen: "Auch über Hitlers Gebrabbel wurde erstmal gelacht." Auch so kann man über die Einzigartigkeit der Shoah und die Besonderheit des deutschen Faschismus hinweggehen.

Suche nach einem Kompromiss

Während der Konferenz blieben dann die mit allerlei heroischem Pathos angekündigten Versuche der Antideutschen, "das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die TeilnehmerInnen und BesucherInnen zu verteidigen", nahezu vollständig aus: Eine kleine Schar von Gegendemonstranten begehrte zwar Einlass auf das Gelände, wurde jedoch von den Ordnern abgewiesen. Notiz von dem Intermezzo nahmen einzelne Konferenzteilnehmer erst, als aus der antideutschen Gruppe ein gellendes "Nazischweine!" erschallte - offen bleibt die Frage, ob es auch den jüdischen Gästen galt.

Susann Witt-Stahl

Sophia Deeg

So sehen Hardliner aus

BEGLEITET VON MERKWÜRDIGEN REAKTIONEN

Die internationale Israel-Palästina-Konferenz "Stop the Wall!" in Köln

Die *taz nrw köln* vom 7. Juni zielt auf Seite eins ein vertrauter Anblick: ins Gespräch vertieft, ein Israeli und ein Palästinenser, Amos Gvirtz vom *Israeli Committee Against House Demolitions* und Noah Salameh, Leiter des *Zentrums für Konfliktlösung und Versöhnung* in Bethlehem. Beide Aktivistinnen - Teilnehmer der Internationalen Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel vom 5. Juni in Köln - sind konsequente Verfechter eines gewaltfreien Vorgehens, auch in der Konfrontation mit der Gewalt der Besatzung. Wie das *International Solidarity Movement (ISM)* versuchen sie, davon zu überzeugen, es gibt Alternativen zur Gewalt - gewaltfreier Widerstand kann erfolgreich sein. Um so verblüffender das herbe Verdikt unter dem Foto: "Auf der Kölner Konferenz gegen den israelischen Sicherheitszaun waren die Hardliner am Werk".

"Eine kontroverse Debatte", echauffiert sich der *taz*-Schreiber des weiteren, sei "nicht mal" zustande gekommen, als auf einem der Kölner Podien "über gewaltlose internationale Kampagnen gegen Mauer und Besatzung beratschlagt wurde". Völlig ausgeklammert habe man, dass es die Hamas und den Islamischen Jihad gebe, die bekanntlich jeden Versuch einer Verständigung torpedierten. Der Logik dieser Kritik zu folgen, ist schier unmöglich. In der Tat - es besteht keine Kontroverse in der breiter werdenden internationalen Bewegung gegen die Besatzung, dass gewaltfreier Widerstand die legitime Form des Widerstands ist angesichts der militärischen Übermacht Israels gegenüber einer unbewaffneten palästinensischen Zivilbevölkerung. Folglich bestand auf der Kölner Konferenz auch kein Dissens darüber, dass bewaffnete Angriffe auf Zivilisten kein legitimes Mittel des israelischen Widerstands sind.

Welche "Kontroverse" wünscht sich der *taz*-Autor eigentlich?

Wohlwollend hingegen berichtete die Zeitung bereits im Vorfeld über die Kundgebung vor den Toren der "anti-israelischen" Konferenz und forderte in diesem Kontext auch keine "kontroverse Debatte" darüber, worin denn die geforderte "Solidarität mit Israel" bestehen soll. Der bei dieser pauschalen Solidarität implizierte Bezug auf die gesamte israelische Gesellschaft als einen monolithischen Block ist - vor allem für Israelis und für Juden - befremdlich, wenn nicht Schlimmeres.

Keinerlei Achtung bringen die gnadenlosen Israel-Fans und Berichterstatte der *taz* den zahlreichen israelischen und jüdischen Teilnehmern auf den Podien und im Publikum der Konferenz entgegen. Sind sie von der "Solidarität mit Israel" ausgenommen? Gilt diese Solidarität nur Premierminister Sharon und den Mächtigen in Israel?

Professor Raz-Krakotzkin von der Ben Gurion University hält die Besatzung und sogar das zionistische Projekt insgesamt für ein kolonialistisches Unternehmen. Das heißt natürlich nicht, dass er - in "jüdischem Selbsthass" - seine Heimat Israel ablehnt oder gar zerstört wünscht. Aber wie nicht wenige Israelis, die sich als "antikolonialistisch" bezeichnen, wagt er es, sich ein anderes Israel vorzustellen, eine Gesellschaft, die mit den palästinensischen Nachbarn gleichberechtigt lebt. Diese Vision teilt er mit Miri Weingarten, die den Konferenzteilnehmern eine Übersicht über die zahlreichen "antikolonialistischen" israelischen Gruppen gibt. Sie sind Partner der Internationalisten im immer enger geknüpften Netz der Solidarität, von dem auch Heidi Niggemann aus Berlin berichtet: Bald nachdem die Zweite Intifada, ein Aufstand Steine schleudernder Jugendlicher, gegen eine zurückschießende Armee begonnen hatte, gründeten Palästinenser, Internationale und eine Israelin das bereits genannte International Solidarity Movement, um das zu leisten, was

auf offizieller/institutioneller Ebene fehlt: die Unterstützung des gewaltfreien palästinensischen Widerstands durch die direkte Aktion und die Präsenz vor Ort. Etwa zur gleichen Zeit folgten weltweit soziale Bewegungen wie die Landlosen in Brasilien, die sans papiers in Frankreich oder die Disobedienti in Italien diesem Modell.

Seither kommt allein aus Frankreich jede Woche eine Gruppe von Aktivisten nach Israel/Palästina, um den Palästinensern das Ausharren in ihren Dörfern und auf ihrem Land unter dem wachsenden Druck der Besatzung ermöglichen zu helfen - seit durch den Bau der Apartheidmauer eine palästinensische Gemeinde nach der anderen von ihrem Land, ihren Wasserressourcen und jeglicher Verbindung zur Außenwelt abgeschnitten wird.

Von der Mühsal dieses Ausharens erzählt Sharif Omar, ein Bauer aus dem Dorf Jayous, dessen Ländereien vollständig durch die Mauer abgetrennt wurden. Um das Tor in der Mauer passieren zu dürfen und ihr eigenes Land erreichen zu können, müssen die Bewohner eigens Anträge stellen, denen häufig nicht stattgegeben wird. Lange weigerten sie sich kollektiv, diese illegitime Prozedur zu akzeptieren und stellten keine Anträge. Manche konnten es schließlich nicht mehr mit ansehen, wie ihre Ernte verdorrte. Einmal auf ihrem Land angekommen, harrten sie wochenlang von ihren Familien getrennt dort aus. Isoliert und ohne die Präsenz ihrer israelischen und internationalen Mitstreiter könnten die palästinensischen Gemeinden entlang des Separationswalls wohl nicht standhalten.

Die eigentliche Neuigkeit auf der Konferenz war, dass diese breite internationale Bewegung gegen die Besatzung nun endlich auch in Deutschland angekommen ist.

Gemeinsam gegen Israel

Interview mit *Thomas Ebermann* über die Tagung »Stop the Wall« (»zum Mauerbau in Israel/Palästina«), die am 5. Juni in Köln stattfand

KONKRET: Manchmal genügt ja ein Blick auf die Liste der Veranstalter, um einen Vorgeschmack zu bekommen von Inhalt und Ablauf einer Tagung. Galt das auch für die Kölner Konferenz?

Ebermann: Solcherlei verdienstvolle Recherchen nach dem Who is who sind nicht meine Stärke. Alfred Schobert hat sich in einem Beitrag für die Zeitschrift »Graswurzelrevolution« mit der Zusammensetzung der Unterstützer und Veranstalter dieses Kongresses ausführlich beschäftigt. Für mich genügt es festzustellen, daß genügend Leute dabei gewesen sind, die sich in der Vergangenheit publizistisch einige Mühe gemacht haben nachzuweisen, daß sich im Möllemann-Flyer auch nach sorgfältigstem Studium kein Antisemitismus entdecken läßt, oder auch Leute, die rausgekriegt haben wollen, daß die Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) zur Nahostberichterstattung eine Auftragsarbeit des Mossad ist; diese Studie zeigt eindrucksvoll, warum es kein Zufall ist, daß in Deutschland mehr als 50 Prozent der Befragten Israel als größten Gefährder des Weltfriedens denunzieren.

Besonders rege in der Vorbereitung und Strukturierung der Konferenz war das Milieu, welches sich um die Kampagne »10 Euro für den irakischen Widerstand« schart und die sog. Patriotische Allianz finanziell unterstützen will. Leute also, die ganz bewußt beschlossen haben: Wir unterstützen im Irak nicht jene Kräfte, die einen linken Anspruch haben, wie vielleicht die Arbeiterkommunistische Partei des Irak, sondern wir unterstützen die Reaktionäre, die noch stets dort, wo sie gesiegt haben, alles, was emanzipatorisch ist, also etwa jede Frau, die nicht verschleiert durch die Gegend rennen will, niedermachen. Mir genügt die Feststellung, daß solche Kräfte maßgeblich an Vorbereitung und Durchführung der Konferenz beteiligt waren.

Demnach hat die politische Ausrichtung der Veranstalter Dynamik und Ablauf der Tagung geprägt?

Ich will an einigen Beispielen die Grundstimmung illustrieren. Ich meine damit Äußerungen, die sich durch den ganzen Kongreß zogen und die jeweils mit überdurchschnittlichem, wenn nicht frenetischem Beifall bedacht wurden. Da bescheinigten sich etwa die Teilnehmer und Referenten permanent, man stehe hier unter einem ebenso ungerechtfertigten wie massiven Antisemitismusverdacht; man sei Opfer der »Antisemitismuskeule«. Redewendungen wie von Ellen Wulf (Gush Shalom) »Die Antisemitismuskeule darf uns nicht einschüchtern« oder von Frau Waltz »Der proisraelische Druck durch die Medien« sei »mächtig«, auch sie persönlich sei schon des Antisemitismus verdächtigt worden, oder von Felicia Langer »Diese Antisemitismuskeule, die uns droht und die euch lähmt« – das waren immer wiederkehrende Floskeln. Norbert Blüm, der Star-gast des Kongresses, hat diesem Chor eine spezielle Stimme zugefügt, als er sagte: »Ich kann schon deshalb kein Antisemit sein, weil der, an den ich glaube, Semit war.« Damit hatte er bewiesen, daß es einen christlichen Antisemitismus nie gegeben haben kann und daß kein Christ je Antisemit sein konnte.

Diese Grundrhetorik spiegelte sich in dem Wahn, daß Deutschland total auf der Seite Israels stehe. Mal führte man eine Enthaltung in der Uno an, mal wurde Deutschland als Bremser einer ei-

gentlich zu stärkerem antiisraelischen Engagement entschlossenen EU charakterisiert. Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin von der »Jüdischen Stimme für gerechten Frieden« sagte: »Deutschland blockiert in der EU alle Anträge, die Israel schaden könnten, das müssen wir überwinden.« Auch Wortbeiträge mit dem Tenor »Wie kommen wir aus der Unterjochung durch die Amerikaner raus, hier in Europa«, also in gewisser Weise eine Zuspitzung dessen, was die PDS gerade plakatiert, waren nicht selten. Dieser Irrsinn konkretisierte sich dann in Überlegungen, wie Deutschland und die EU Israel ökonomisch bestrafen könnten. Auf diesem Gebiet hat sich Frau Duisenberg von der Initiative »Stop de Bezetting« als Expertin für Boykott und politisch-ökonomische Sanktionen aller Art profiliert, aber ich will hier nicht im einzelnen aufzählen, welche Fluglinie ab sofort nicht mehr hätte fliegen dürfen. Ich will nur noch darauf hinweisen, daß die Abschlusserklärung der Konferenz die Forderung enthält, das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Israel auszusetzen.

Zweifelloos ein großer Schritt in Richtung auf den »gerechten Frieden in Palästina«, den die Veranstalter als Ziel der Konferenz annonciert hatten.

Ja, der »gerechte Frieden« stand in der Einladung. In Köln aber war unübersehbar, daß das Gros der Kongreßteilnehmer nichts, aber auch gar nichts gegen Formationen wie Hamas oder Islamischer Djihaad einzuwenden hat. Heidi Niggemann von der International Solidarity Movement (ISM) erklärte zum Beispiel, daß aus der Sicht ihrer Organisation alle Forderungen nach einem Gewaltverzicht der Palästinenser billig und hohl seien und daß wir nicht befugt seien, irgendwelche Forderungen an die palästinensische Gesellschaft zu stellen. Selbstmordattentate nannte sie »bewaffneten Widerstand«.

Es hat – und ich betone, daß es sich um Äußerungen handelt, die starken Beifall gefunden haben – noch extremere Beispiele gegeben. Ein Redner berichtete, seine fünfjährige Nichte wolle Selbstmordattentäterin werden, und ob jemand ihm, der ratlos sei, dem kein Argument dagegen einfiel, einen Rat geben könne, den er der Fünfjährigen geben würde, um sie davon abzuhalten. Es ist in Köln undenkbar gewesen, daß jemand aufgestanden wäre und gesagt hätte: »Du Arschloch. Entweder du hast dir die Geschichte ausgedacht oder die Eltern oder sonstwer hat's der Kleinen geflüstert, aber wer immer es war, verdient Prügel.« Nein, die Leute saßen in tiefster Betroffenheit da und grübelten, ob es – eventuell – für das Kind ein Argument gäbe, das man nur im Moment leider nicht finden könne. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß in der Abschlusserklärung steht, die Veranstalter wollten die solidarische Unterstützung ausbauen »zu den von Mauerbau und Okkupation Betroffenen in Palästina und ihren Organisationen«. Das heißt: zu allen.

So weit, so palästinasolidarisch. Stand denn wenigstens das Existenzrecht Israels außer Frage?

Nicht mal das, wie die Solidarität mit Hamas und Islamischen Djihaad deutlich machen. Natürlich gibt's auf so einem Kongreß jede Menge antizionistische Geschichtsklitterei. Wie oft wurde allein dieser blöde Gedanke wiederholt, alles, was heute passiere, sei schon 1897 zielstrebig geplant worden, von Theodor Herzl etwa und anderen. Einfach irre. Aber das Referat über das Rückkehrrecht aller Palästinenser, wirklich aller, war von besonderer Güte. Der Referent, Salman H. Abu Sitta, hatte eine Karte, die den Realismus seines Konzeptes bezeugen sollte, die also zeigte, wo im israelischen Kernland dann noch Juden würden leben dürfen. Dieser Vortrag hat enorm viel Beifall erhalten. Er beschrieb eine Position, von der aus jede zukünftige Verhandlung scheitern muß.

Es gibt ja aus der Palästina-Soliszene immer wieder ellenlange Artikel, zum Beispiel in der »Jungen Welt«, wonach jeder ein Verräter ist, der dieses Rückkehrrecht in Frage stellt. In Israel gibt es, grob gesagt, drei Positionen zum Scheitern des Oslo-Prozesses. Die eine Position sagt, das hätte man sowieso nie machen sollen, Barak ist ein Verräter. Die zweite: Wir haben ein sehr großzügiges Angebot gemacht, dessen unangemessene Ablehnung beweist, daß wir keinen Partner unter den Palästinensern haben. Aus dieser Sicht ist Sharon so ein bißchen der logische Nachfolger des von den Palästinensern gestürzten Illusionärs Barak; da bleibt momentan dann nur die Repression. Die dritte Position – vertreten wohl nur von einer kleinen Minderheit – lautet: Das israelische Angebot war ungenügend, es sei unangemessen paternalistisch, sich selbst Großzügigkeit zu attestieren. Diese letztgenannte Position, mit der ich bekanntlich sympathisiere, ist obsolet, wenn das Rückkehrrecht nach der Definition Abu Sittas palästinensischer Konsens ist. Es gibt übrigens eine Differenz zwischen dem Aufruf zur Konferenz, der die unzulässig schwammige, aber doch interpretationsfähige Formulierung, man sei für eine »faire Lösung« des Flüchtlingsproblems, enthält und der Abschlusserklärung, die das Rückkehrrecht sämtlicher Palästinenser in ihre Heimat postuliert.

Und das ging alles ohne Widerrede, ohne Protest aus dem Publikum über die Bühne?

Um die Stimmung des Kongresses zu begreifen, ist es vielleicht sinnvoll, eine Episode direkt nach dem Referat von Abu Sitta zu schildern, eine von zwei oder drei Episoden, in der die alles prägende kollektive Harmonie zwischen Veranstaltern und Besuchern in Frage gestellt wurde. Reuben Moskowitz, Träger des Aachener Friedenspreises, hat aus dem Publikum heraus – sehr schüchtern, sehr zurückhaltend, seine Ausführungen mit Danksagungen an die Konferenz und an Norbert Blüm einrahmend – bedauert, daß Abu Sitta »vergessen« habe, daß vor 1945 Juden ins künftige Israel gekommen sind, um ihrer Verfolgung und Ermordung zu entgehen, und es für sie auch später oft keinen anderen Weg gab, und er sei der Meinung, daß auch ihr Schmerz verstanden und akzeptiert werden müsse, wenn man den Weg der Versöhnung oder des Arrangements gehen wolle. Es entstand daraufhin eine dermaßen mißbilligende Unruhe im Saal, daß klar war, hier hatte sich aus Sicht der Anwesenden die Verkörperung des Nestbeschmutzers zu Wort gemeldet. Moskowitz wurde dann gleich von mehreren Rednern schroff in die Schranken verwiesen – es fiel der Satz, was Israel heute betreibe, sei eine Wiederholung von Auschwitz.

Nun dient der Verweis auf Auschwitz ja oft, pervers genug, als Argument für ein stärkeres, auch militärisches Engagement der Deutschen sonstwo auf der Welt. Den vermeintlichen Dauerfreund Israels zu einem propalästinensischen Engagement aufzurufen, dürfte ohne intellektuelle Verrenkungen aber kaum gehen.

Die Unfähigkeit, Zeitung zu lesen, ist ein Phänomen, dem man mit rationalen Argumenten nicht beikommen kann. Wenn einer ernsthaft behauptet, daß der Integrationsbeauftragte NRW an dieser Versammlung nicht hat teilnehmen dürfen – eine Verfügung irgendeines Dienstherrn –, beweise die Treue Deutschlands zu Israel, dann hat er natürlich schwer einen an der Glocke. Aber diese Konferenz war aus der Sicht einer rational kalkulierenden imperialistischen Macht ja tatsächlich anrühlich. Wir wollen nicht so tun, als hätte Joschka Fischer da gut mitmachen können. Auch wenn die ganze Veranstaltung von der Fischerschen Begründung des Jugoslawienkriegs geprägt war: »Die Deutschen sollen, das ist die Lehre aus ihrer Geschichte, sich überall einmischen, wo Unrecht geschieht.« Oder: »Ich habe aus Auschwitz gelernt, daß... « Oder, so Norbert Blüm: »Daß ich hier bin, ist mein Beitrag zur Bewältigung der deutschen Vergangenheit.« Das war Konsens.

Blieben wir bei Blüm. Warum holen sich Gruppen, die sich – wie verquast auch immer – der Linken zurechnen, zu solch einer Veranstaltung einen Typ wie Blüm aufs Podium, und warum findet dieser Gast besonderen Anklang?

Ich bezweifle, daß diese Gruppen sich der Linken zurechnen. Mit Blick auf Afghanistan und den Irak postulieren ja einige sehr offensiv, daß die dortigen Linken aufhören sollten, welche zu sein, und daß sie sich denjenigen unterordnen sollten, bei deren Aktionen es am meisten knallt und die meisten Amerikaner oder Kollaborateure umkommen – ganz unabhängig davon, wie's aussähe, wenn diese Leute tatsächlich an die Macht kämen, ob dann also eine Frau noch unverschleiert herumlaufen oder irgendeine auch nur leicht abweichende Meinung noch verbreitet werden dürfte. Daß ist nicht neu – diese Schwärmereien für Khomeini und die Forderung, die Linken müssen mit den Mullahs eine Einheitsfront bilden, kennen wir aus den siebziger Jahren. Es ist übrigens – das nur nebenbei – für die sich Unterordnenden immer tödlich ausgegangen.

Zu Blüm: Der war wirklich so etwas wie der Superstar für die Versammelten, die ja durch den freien Fall Müllemanns auch einen herben Verlust zu beklagen haben. Natürlich weiß Blüm als Staatspolitiker, wann er »als solches« sagen muß, also ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels »als solches« ablegen, ein Wort der Abscheu über Gewalt »als solche« formulieren muß. Daß »der Kompromiß die größte zivilisatorische Errungenschaft seit der Erfindung des Rades« und »Gefühl und Mitleid immer noch besser als Vergeltung und Rache« seien, hat er auch gesagt. Aber dann sprach er von der »Schandmauer« und davon, daß gegen allen Druck endlich Verbrecher auch Verbrecher genannt werden müssen und er deshalb jetzt seinen ganzen Mut zusammennehme und weil er eben eine ehrliche Haut sei Sharon einen Verbrecher nennen und dem Außenminister Fischer zurufen müsse, er solle endlich die Lackschuhe aus- und die Turnschuhe wieder anziehen, also nicht so diplomatisch um den heißen Brei herumreden, sondern den Amerikanern sagen, wenn sie beim Einsatz für die Menschenrechte nicht mitmachen wollten, würden wir das eben alleine machen, schließlich sei das unsere Form der Vergangenheitsbewältigung: an der Zukunft mitzuarbeiten.

Der Beifall für Blüm war am Ende ebenso überwältigend, wie er bei den staatspolitisch gebremsten Passagen ausblieb bzw. mickrig war. So etwas wie einen aus antirassistischer Tradition oder linker Vergangenheit sich speisenden Vorbehalt gegen Blüm, der ja – um ein willkürliches Beispiel zu nennen – Minister einer Regierung war, die das Asylrecht in Deutschland abgeschafft hat, gab es nicht. Man könnte auch sagen, so lange Blüm Minister war, ist keine Mark an die NS-Zwangsarbeiter geflossen. Ich weiß nicht, ob ein Teil der in Köln Versammelten ihm das ankreidet oder als Verdienst anrechnet.

»Gefühl und Mitleid« postulierte Blüm. Aber haben sich die Teilnehmer dieses Kongresses überhaupt in irgendeiner Weise für die tatsächliche Not der Palästinenser interessiert?

Ja und nein. Natürlich wurde sehr viel berichtet über das konkrete Leid der Menschen in den besetzten Gebieten. Ich folge einem Großteil dieser Berichte. Ich meine, die Militäraktionen der israelischen Armee verfolgen nicht nur das postulierte Ziel, Terroristen auszuschalten, sondern auch die Absicht, die dort Lebenden zu demoralisieren, indem man sie zu möglichen Kollateralschäden degradiert. Der Sicherheitszaun, stellenweise die -mauer, hat die ohnehin schlechte Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Er erzeugt – neben dem angestrebten Schutz der Israelis – auch ein Gefühl der Aussichtslosigkeit; ähnliches gilt für den Abriß von Häusern. Das sind Sachverhalte, aus denen heraus ich die Verbitterung in den besetz-

ten Gebieten verstehe und die israelischen Aktivisten, die dieses Leid anprangern und bekämpfen, meinen größten Respekt haben. Dieser Respekt gilt auch den Vertretern der Genfer Initiative, die bei sich zu Hause als latente Vaterlandsverräter behandelt werden. In Israel sind Dissidenten dieser Art gesellschaftlich isoliert, in den besetzten Gebieten sind sie, wenn sie als Verräter gelten, tödlich bedroht. Sie zu beachten heißt übrigens auch, alle israelischen Repressionen gerade nicht mit dem legitimatorischen Verweis schönzureden, die Palästinenser seien ein Selbstmordkollektiv.

Aber diese Konferenz hatte mit dem palästinensischen Leid nichts oder nur so viel zu tun, als daß es instrumentalisiert wurde. Meine Kritik richtet sich also nicht gegen den Erfahrungsbericht, sondern gegen die politischen Schlüsse, die daraus gezogen wurden. Aus einer auf das Wohl Israels beschränkten Sicht, in der das Leid der Palästinenser vielleicht nebensächlich erscheint, wirken die Argumente von Mahnern vor Sharons brachialem Kurs, wie etwa die des langjährigen Botschafters Israels in der BRD, Avi Primor, plausibel. Sein neuestes Buch, in dem er ja auch begründet, warum der Irakkrieg den Sicherheitsinteressen Israels schadet, mag zu optimistisch sein, was die rasche Überwindung der Feindschaft nach der Installierung zweier Staaten angeht. Aber es macht klar, um wie viel gefährlicher eine Verlängerung der Besatzung wäre. Selbst der ehemalige Außenminister Baraks, den ich für meine Stoßrichtung wirklich nicht vereinnahmen will, kommt mittlerweile zu dem Schluß, daß es historisch-strategisch ein großer Fehler war, nach 1967 die besetzten Gebiete nicht möglichst schnell wieder zurückgegeben zu haben. Ich kann also sagen, diejenigen Linken in Israel, die sich nach 1967, auf aussichtslosem Posten stehend, für die Rückgabe der Gebiet engagierten, ganz unabhängig davon, ob sie Nicht-Zionisten, Linkszionisten, meinetwegen auch Antizionisten waren, haben in diesem Punkt recht gehabt und verdienstvoll gehandelt.

Zu ihnen gehört heute auch jemand, mit dem ihr, Hermann Gremliza, Volker Weiß und Du, lange diskutiert habt: Moshe Zuckermann. Und es fragt sich vor dem Hintergrund deiner Schilderung des Kongresses doch, was dieser Mann dort verloren hatte.

Zuckermanns Konzept, für das er durch manche Schmähung geht, funktioniert, wenn er ein palästinensisches Gegenüber hat, das auf seine Kritik an Israels Politik mit einer Kritik der palästinensischen Politik antwortet – das ist die Grundidee des Gesprächskreises zwischen israelischen und palästinensischen Intellektuellen, dem er angehört. Etwa so: Zuckermann kritisiert das Leid der 1948 Vertriebenen sein Gegenüber akzeptiert die durch den Überfall der arabischen Staaten aufs Äußerste bedrohte historische Notwendigkeit des Staates Israel; Zuckermann hält die sich nach 1967 verfestigende Okkupation für einen Schlüssel fehler in der Geschichte Israels – sein Gegenüber bedauert, daß die Kader der PLO Gesamtpalästina reklamier(t)en etc.

Zuckermann grenzt sich in Israel von jenen ab, die er paternalistisch nennt, weil sie den Palästinensern zu erklären glauben müssen, was für diese gut sei. Ich glaube, an dieser Position ist etwas dran, und sie ist in der Region wertvoll. Dieser Kongreß aber war und wollte etwas völlig anderes, schon weil er in Deutschland stattfand und nichts mit der im Nahen Osten wahrscheinlich gebotenen Langmut gegenüber den sich in einer ungleichen Situation befindlichen Palästinensern zu tun hat. Dieser Kongreß hätte zuallerletzt den Zweck, einen solchen Dialog zu ermöglichen. Die manchmal religiös anmutende Einheit des Saales basierte ja gerade darauf, daß Palästinenser sich als reinste Opfer gerierten, die über nichts anderes als über ihr vom Zionismus verursachtes Opfer-Sein klagten, angefeuert von den deutschen Veranstaltern und Teilnehmern, bes-

tätigt von den zu diesem Zweck eingeladenen Israelis oder in Deutschland lebenden Juden. Jeder Verstoß gegen diese Ordnung, also zum Beispiel die Erwähnung, daß es Angriffskriege gegen Israel gab, oder der Hinweis, welche palästinensischen Organisationen oder welche arabischen Staaten offen zur Zerstörung Israels aufrufen, oder die Frage, ob die palästinensische Autonomiebehörde, als ihre Struktur noch intakter war, gegen Selbstmord- und andere Attentäter wie vereinbart vorging, hätten in dieser Szene als Verrat am Zweck des Kongresses gegolten.

Zuckermann hätte in Antizipation dieser Struktur und mit dem Wissen, welche deutschen Antisemiten diesen Kongreß wesentlich bestimmen würden, seine Teilnahme absagen können. Er hätte auch als Nestbeschmutzer diese miese Harmonie stören können. Er tat beides nicht. Das finde ich nicht nur schade, sondern falsch.

Man mußte ein ziemlich geschultes Ohr haben, um seine leisen Dissense nicht zu verpassen, etwa seine Betonung des »symbolischen« Rückkehrrechts für eine begrenzte Zahl von Palästinensern oder seine angedeutete Vermutung, daß Arafat es wohl in den eigenen Reihen schwer gehabt hätte, wäre er aus Camp David mit einem unterschriebenen Abkommen zurückgekehrt. In einem Interview für die Zeitschrift »Kunst und Kultur« (5/03) wird Zuckermann gefragt, ob mein Eindruck richtig sei, daß viele Deutsche ihn nicht nur als Kronzeugen gegen die Politik israelischer Regierungen, sondern gegen das Existenzrecht Israels instrumentalisieren wollen. Er antwortet: »Nein, ich glaube, Thomas Ebermann reagiert in dieser Sache überspannt.« Mag sein, daß die vielleicht 150 deutschen Teilnehmer des Kongresses zahlenmäßig nicht besonders ins Gewicht fallen, aber die hier angedeutete Differenz wäre schon eine Kontroverse wert.

In: KONKRET 7/2004, Seite 21-23

Die Veranstalter des Kölner Antisemiten-Kongresses servierten ihren Teilnehmern – nach dem Gruß aus der Küche von

Dr. Norbert Blüm,

der den Juden vorwirft, einen „hemmungslosen Vernichtungskrieg“ zu führen und es also zu treiben wie einst sein Parteifreund Filbinger, direkt nach dem Hauptgang

Panel 3: Verantwortung Deutschlands und Europas im israelisch-palästinensischen Konflikt

zum Dessert:

Abends: Palästinensische Live-Musik, Tanz und Speisen.

Denn Strafe muss sein, und für besonders drakonische ist der Islam ja bekannt. Wo Gott nur einfach gerecht ist, ist's Allah dreifach.

In: KONKRET 7/2004, „Gremlizas Express“, Seite 66